

Schweizer Demokrat

Zeitung für eine freie und unabhängige Schweiz, vormals «Volk + Heimat», 45. Jahrgang

AZB 3806 Bönigen / Postcode 1

Werbepreis Fr. 3.– / Jahresabo Fr. 45.–

Erscheint monatlich

Nr. 3/4 2010

SD – Die Pioniere der grünen Welle!



Adrian Pulver,
Vizepräsident
SD Stadt Bern,
Dipl. Kaufmann
HWD, Bern

Ökologie als verbindlicher Überbegriff einer wissenschaftlichen, beziehungsweise politischen Thematik, führte zum ersten Mal während den 50er- und 60er-Jahren zu sprengstoffartigen Kontroversen. Damals im Jahr 1961, wurde die Nationale Aktion, heute Schweizer Demokraten, gegründet. Diese war mitunter die einzige politische Kraft gegen den als allumfassendes Glück gepriesenen Wachstumswahn, dem Ideal dieser Epoche schlechthin!

Betrachtet man die volkswirtschaftliche Entwicklung, so muss bei der Industrialisierung begonnen werden. Nachdem zu Beginn der Neuzeit weder hohe quantitative Bedürfnisse noch starker offener Wettbewerb (tiefe Anzahl Leistungsanbieter und geringe Mobilität) herrschten, war auch der übermässige Ressourcenverbrauch noch kein Thema. Als jedoch plötzlich eifrige Erfinder Zusammenhänge entdeckten, trat eine zuvor nie dagewesene Veränderung der Welt ein. Somit spielt das Thema der Ökologie zum ersten Mal eine Rolle. Natürlich ist diese Er-

kenntnis erst heute vorhanden. Würde sie aber nicht angesprochen, so wäre man nicht vollumfänglich wahrheitsgetreu, obwohl wir den heutigen Wohlstand sowie auch die Wohlfahrt über weite Strecken diesen damaligen Errungenschaften zu verdanken haben. Die Kehrseite der Medaille lag nicht zuletzt in einer sich völlig verändernden Gesellschaft. Mensch und Natur «arbeiten» bis anhin miteinander und von nun an entstand bezüglich Quantität, Geschwindigkeit und Profit einhergehend, mit dazu einer geradezu exorbitanten Bevölkerungszunahme, eine gegenseitige Konkurrenz. Städte schossen aus dem Boden und bildeten Ballungszentren riesiger Fabriken, womit auch eine erste Entvölkerung ländlicher Gebiete ihren Lauf nahm.

Mit der Verbrennung von Holz- und Steinkohle hielt die Elektrifizierung Einzug in die Industriegesellschaft zulasten der Umwelt, dies mit immensen Abgasemissionen. Industrielle Giftstoffe stellten sowohl eine Gefahr für Gewässer und Böden, als auch für die menschliche Gesundheit dar. Die Urbanisierung führte zum Bau der Eisenbahnnetze, was als Geburtsstunde der Mobilität bezeichnet werden kann. Viele Missstände hat man im Lauf der Zeit mit Hilfe moderner Infrastrukturen, wie zum Beispiel Kläranlagen, gelöst, wogegen die Luftverschmutzung ein akutes Problem der Gegenwart bleibt. Auch die Klimaerwärmung ist zum Teil darauf zurückzuführen.

Zersiedlung bis zum Exzess

Betrachtet man nun die Aufbruchstimmung in der Nachkriegszeit, so wird bald sichtbar, dass auch diese Entwicklung nicht frei von globalen ökologischen Missständen war. Sicherlich hat die Wirtschaft unzählige Arbeitsplätze geschaffen und den Leuten auf diesem Weg manchen Komfort in ihre Wohnstube gebracht. Zwingend sind jedoch andere teils schwerwiegende Konsequenzen zu nennen! Der Wirt-

Kopf hoch Bern!



Heimat im Herzen



Inhalt

- 3 Geschichte einer Kapitulation
- 5 Bilderberger-Konferenz-Teilnahme
- 6 Habt Erbarmen mit den Superreichen – weg mit der Lex Koller!
- 8 SD – heimatentreue Opposition ins Rathaus
- 10 Marktplatz
- 11 Selbstdarsteller in der SP!
- 15 Der Leser hat das Wort

Fortsetzung Seite 2

SD – Die Pioniere der grünen Welle!*Fortsetzung von Seite 1*

hält, wird bis ins Jahr 2030 eine Fläche von der Grösse der Städte Basel, Genf und Zürich zubetoniert sein. Heute versucht die Politik oft vergebens, das Siedlungswirrwarr nur schon über die kommunalen Zonenpläne zu korrigieren, was die enge Nähe von Industrie- und Wohngebieten erklärt. So befindet sich in der Stadt Bern, um hier ein Beispiel zu nennen, die Kehrlichtverbrennungsanlage inmitten von Mehrfamilienhäusern und Erholungsgebieten (in diesem Fall ein Kinderspielplatz). Jetzt hat man stattdessen für den neuen Standort Kulturland eingezont, wobei wahrscheinlich neue Industriebetriebe in absehbarer Zeit folgen werden, da dieses Kulturland

*Der Beginn der Mobilität.*

stark an Attraktivität verliert und die Nutzung den neusten Bedürfnissen angepasst werden muss.

Somit entstehen neue Arbeitsplätze, die wiederum Wohnflächen nachziehen. So funktioniert Wirtschaftswachstum vor unserer Haustür! Selbstverständlich darf niemand diesen Zustand kritisieren, denn welcher Bürger ist gar so dilettantisch, dass er sich gegen mehr «Wohlstand» ausspricht. Die Bevölkerung wächst gemäss offiziellen Zahlen kaum durch einen Geburtenüberschuss der bereits hier anwesenden Bevölkerung. Die SP wie auch grüne Kreise verweisen stets auf die Wichtigkeit der Einwanderung. Wo bleibt nun der ökologische Grundgedanke? Für die bürgerlichen Kräfte sind diese angesprochenen Mängel seit jeher ein Fremdwort, denn die Marktwirtschaft soll nicht dem Menschen, sondern der kurzfristigen Kapitalsteigerung dienen. Alternative Wege innerhalb dieses Systems scheinen ihnen zu abwegig und gegen den Strich zu gehen. Da ändern auch die neugegründeten Grünliberalen nichts daran. Würde dagegen die Anzahl

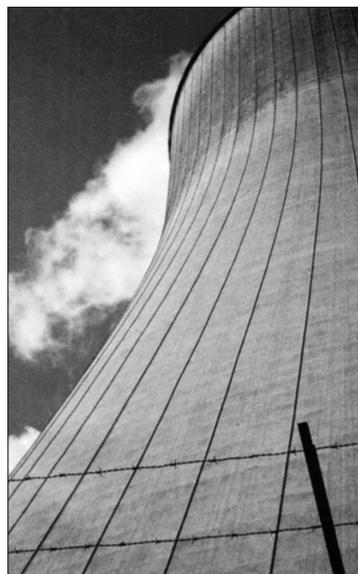
Neugeburten gegenüber den Verstorbenen massiv zunehmen, müsste genauso von Überbevölkerung gesprochen werden und die raumplanerischen Herausforderungen wären dieselben.

Durchgezogene Bilanz in der Stromfrage

Die nun herrschende Durchmischung der Nutzungszonen lässt die Thematik der Abgasemissionen neu aufleben. Ursprünglich wurde sämtlicher Strom, vorab im Ausland, ausschliesslich durch konventionell-thermische Technologien produziert. Holz- und Steinkohle waren anfangs in Hülle und Fülle vorhanden. Auch hier leisteten erste Globalisierungstendenzen, die sich im Zuge der Mobilitätsausdehnung ereigneten, eine vorerst zentrale Veränderung. Erdöl ersetzte die «alten» Energiequellen fast ganz. Währenddem Länder mit eigenen Brennstoffvorkommen noch heute nebenbei Kohlekraftwerke betreiben, kam in den 70er-Jahren die Energiegewinnung durch Kernschmelze (Kernenergie) dazu. In der Schweiz werden 40% des hergestellten Stroms mit der atomaren Technik erzeugt. Es sind dies die Kraftwerke von Mühleberg, Beznau I und II (Doppelreaktor), Gösgen und Leibstadt. Dagegen spielten abgasreiche Technologien hierzulande nie eine grosse Rolle. Ihr Anteil ist verschwindend klein. Man glaubte, mittels der Kernenergie das Problem der CO₂-Emissionen zu lösen. Tatsächlich liegt der Ausstoss bei den konventionell-thermischen Energierstoffen um ein Mehrfaches höher. Hingegen lässt sich das Problem des radioaktiven Abfalls nicht lösen! Die Entsorgung dieses hochriskanten Materials wird seit der Inbetriebnahme aller nuklearen Anlagen erfolglos diskutiert, weil kein Standort für Mensch und Umwelt genügend sicher erscheint.

AKW – Sicherheit nicht gewährleistet!

Grundsätzlich sind die atomaren Anlagen in den führenden Wirtschaftsnationen zwar vergleichsweise sicher und dennoch sind viele Reaktoren (z.B. in Frankreich) in einem kritischen Zustand. Vor zwei Jahren trat beim Kraftwerk Tricastin bei Bolène (nördliche Provence) radioaktive Flüssigkeit aus. Die Anlage Fessenheim, eine der wichtigsten Lieferanten des Schweizer Marktes, sollte aufgrund erheblicher Schäden längst stillgelegt werden. **Dabei ist die Diskussion um den Ersatz der bisherigen Kraftwerke, deren Sicherheit je länger die Betriebsdauer anhält, desto fragwürdiger wird, in vollem Gang!** Da die Stromnachfrage laufend steigt

*Die SD stehen der Kernenergie kritisch gegenüber.*

und die Produktion grundsätzlich (nicht die Infrastruktur) eher emissionsarm ist, befinden sich die grossen Betreiber bereits in den Startlöchern. Im Zuge der Strommarktliberalisierung will sich jeder Akteur sein Stück des Kuchens sichern und ringt um die Betriebsbewilligung für den Bau eines neuen AKWs. **Ausser den Bernischen Kraftwerken (BKW) haben die grossen Anbieter, Axpo, Atel und EOS (die beiden Letztgenannten haben sich zu Alpiq zusammengeschlossen), die Bereitstellung neuer Technologien aus Wind- und Sonnenenergie oder der Geothermie (Erdwärme) entweder verschlafen oder einfach ignoriert.** Es sind hier nur die Fotovoltaikanlagen (Solarenergie) auf dem Mont Soleil im Berner Jura und auf dem Dach des Berner Fussballstadions «Wankdorf» (auch Stade de Suisse genannt), sowie der Windpark auf dem Mont Crosin (ebenfalls im Berner Jura) zu nennen. Unsere bürgerlichen Parteien fordern natürlich «allesamt» neue, solche Massnahmen. Gewisse Kreise möchten bis zur Erstellung eines Kernkraftwerks gar Gas-Kombi-Kraftwerke errichten. Wenigstens hat die Schweiz mit der Wasserkraft eine Alternative, die sowohl marginalste Schadstoffemissionen aufweist als auch erneuerbar (keine Rückstände) ist.

Die Verharmlosung des Klimawandels

Bei den Brennstoffen als Energiequelle für den Heizungsbetrieb und den Treibstoffen für den Antrieb von Motorfahrzeugen ist der ökologisch verträgliche Gebrauch bedeutend schwieriger. Erdöl ist der wohl wichtigste Brennstoff auf dem gesamten Erdball. Das Hauptziel liegt also viel mehr in der Reduktion des CO₂-Ausstosses selbst. Im Jahr 1990 hatte sich die Schweiz per Gesetz

verpflichtet, die Emissionen bis 2020 um 30% zu reduzieren, was den internationalen Vereinbarungen des sogenannten Kyoto-Protokolls entspricht. Neben der Stromproduktion (in der Schweiz eher kein Thema) sind gegenwärtig vor allem Erdöl als Heizmaterial, der stetig zunehmende Verkehr und die Emissionen aus der Industrie allgemein für die momentane Umweltsituation verantwortlich. Nun unterliegen sämtliche Brennstoffe einer CO₂-Abgabe, die vielmehr als Lenkungsinstrument denn als Steuer gedacht ist und somit die fossilen Brennstoffe bewusst an Attraktivität verlieren lässt. Die Abgabe richtet sich jedoch nicht nach dem erwähnten Kyoto-Protokoll, sondern nach dem von den eidgenössischen Räten verabschiedeten CO₂-Gesetz, das die ursprünglichen Zielsetzungen um 10% (20 statt 30%) nach unten anpassen liess. Damit richtete sich die «Classe politique» nach den neuen EU-Richtlinien. Die bürgerlichen Parteien konnten gar im ersten Anlauf «ihren» Klimarappen durchbohren, um beim Erdöl auf eine Abgabe verzichten zu können.

Der Klimarappen wird nicht wie die CO₂-Abgabe an den Verbraucher zurückerstattet. Es handelt sich um eine verhältnismässig minimale Steuer, die zur Finanzierung von energetischen Gebäudesanierungen verwendet wird und keinen Beitrag zur Reduktion von Brennstoffen leistet.

Zum heutigen Zeitpunkt werden beide Instrumente, Abgabe und Klimarappen, angewendet. Unter dem Strich hat man aber gleich zweimal abgespeckt und das Gesetz aus dem Jahr 1990 übergangen. Bei der Belastung durch den Strassenverkehr weigert sich die Politik noch vehementer, gewisse Grundmassnahmen zu treffen. Auf die Einführung einer CO₂-Abgabe, spezifisch für Treibstoffe (Benzin), wurde völlig verzichtet. Immerhin hat man als abgeschwächte Massnahme die umweltschonenden Treibstoffe Biogas, Biodiesel und Ethanol von der Mineralölsteuer befreit. Im Rahmen des Kyoto-Protokolls wurde zudem ein Handel mit Emissionspapieren (Wertpapiere für verursachten Ausstoss) geschaffen. Damit besteht eine marktwirtschaftliche Basis, den Ausstoss dort zu reduzieren, wo er am kostengünstigsten ist. Diese Erregungenschaft ist zweifelsohne eine der besten Ideen. Diesen Reformen zum Trotz bleibt letztlich nur die Ernüchterung, dass der Klimawandel wohl immer noch kein akutes Problem darstellen soll.

Die Klimaleugner – in der Schweiz nicht nur auf SVP-Kreise beschränkt – übernehmen im Namen von mächtigen Globalplayern mani-

pulierte oder beinahe perfekt zu-rechtgebogene wissenschaftliche Argumente. Dabei sprechen sie von einer ständigen Zu- und Abnahme der langfristigen Erwärmung. Natürlich verlief die Entwicklung niemals einseitig und proportional! Vielmehr liegt die Tatsache in der laufenden Steigerung der Kadenz, was bedeutet, dass die kurz- und mittelfristigen Temperatursprünge immer grösser werden. Auch erwähnen diese Exponenten, dass endgültige Erwärmungen in Form von Eiszeiten schon kurz nach dem Urknall existierten. Jetzt muss man sich vor Augen halten, dass externe Einflüsse vom Weltraum, dabei ist ein Meteoriteneinschlag das Wahrscheinlichste, eine bedeutende Rolle spielten. Auch Ausbrüche von gewaltigen Vulkanen sind zu berücksichtigen. Diese sich bildenden Staubwolken wirkten gleich wie der durch die Schadstoffemissionen entstehende Treibhauseffekt. Über den Schmelzvorgang der Polarkap-

pen kamen die Kreisläufe der Weltmeere schliesslich zum Erstarren. Ausserdem kann die zeitliche Chronologie von der Industrialisierung bis zur Gegenwart nicht mit den Jahrtausendabständen einzelner Eiszeiten verglichen werden! Heute belegen sämtliche meteorologische Szenarien den Temperaturanstieg infolge menschlicher Aktivitäten. Neben der rot-grünen Partei, die den Handlungsbedarf erkannt hat, hat die schweizerische Politlandschaft mit den Grünliberalen (GLP) eine neue politische Kraft erhalten. Diese Bewegung versucht Ökonomie und Ökologie zu kombinieren. Während die SP und die Grünen der Übervölkerung (Einwanderung!) und dem grenzenlosen Wohnungsbau freien Lauf lassen, bekennen sich die Grünliberalen gar zu jeglicher Form des Wirtschaftswachstums. Nur die Schweizer Demokraten (SD) bilden als blockunabhängige Alternative die wahre ökologisch-politisierende Kraft.

Die Forderungen der Schweizer Demokraten (SD)

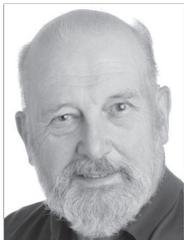
Als erste existierende «grüne» Partei warnten wir vor der Überbauung der Landreserven. Die Kernenergie bekämpften wir seit der ersten Stunde. Doch damit darf nicht genug sein! Das Volk braucht weder die internationalistischen 68-Grünen, noch die wirtschaftliberale GLP. Die Schweizer Demokraten qualifizieren das quantitative Wirtschaftswachstum als zentralen Mangel. Erneuerbare Energien müssen stärker gefördert werden. Heute machen diese nicht einmal 1% der Gesamtproduktion aus. Neben Staumauererhöhungen bei den Speicherkraftwerken muss vor allem die Windenergie ausgebaut werden. Grosses Potenzial hat auch die Geothermie. Ergänzend kommen noch Biomasse und Sonnenenergie dazu. Neubauten sollten ausschliesslich nach dem Minergiestandard errichtet werden. Damit lässt sich ein mittelgrosses AKW kompensieren.

Wichtig ist eine Erhöhung der CO₂-Abgabe auf Brennstoffen, um die Reduktionsziele von 30% bis ins Jahr 2020 erreichen zu können. Allerdings müssen auch Privatpersonen die Möglichkeit zur Rückerstattung haben. Als Brennstoffe sollen Holz (Schnitzel und «Pellets») und Wärmepumpen gefördert werden. Für Treibstoffe soll ebenfalls eine adäquate Abgabe gelten. Anstatt Benzin muss vermehrt auf Biogas und Ethanol umgestellt werden. Letztlich sollen die Bauzonen auf dem heutigen Stand begrenzt werden und jedem Projekt und jeder Neueinzonung kritisch begegnet werden. Die Nachhaltigkeit muss gegeben sein!

Der Weg eines dosierten qualitativen Wachstums ist möglich! Diese Forderungen sind seit der Parteigründung im Jahr 1961 zentrale Ziele der grünen Pioniere, der Schweizer Demokraten (SD)!

Geschichte einer Kapitulation...

Anmerkungen zu den neuerlichen Bestrebungen, die Lex Koller aufzuheben



Valentin J. Oehen,
e. Nationalrat,
Köniz

Der Ausverkauf begann in den 50er-Jahren!

In zunehmend hemmungsloserer Art wurden nach dem Krieg Boden und Liegenschaften an «Personen mit Wohnsitz im Ausland» verschachert. In zahlreichen parlamentarischen Vorstössen wurde diese Entwicklung damals angeprangert. Und – man höre und staune – es waren vor allem bürgerliche Repräsentanten wie etwa U. Dietschi oder C. Scherrer, welche – unterstützt durch zahlreiche Mitunterzeichner – das Thema auf eidgenössischer Ebene zur Diskussion stellten. Diese parlamentarischen Vorstösse führten 1960 zur sogenannten **Lex von Moos**, mit deren Hilfe der Masslosigkeit ein Riegel hätte geschoben werden sollen. Aus der bundesrätlichen Botschaft zu dieser Lex hier ein kurzes Zitat:

«In der Schweiz ist der Boden besonders knapp... Auf diesem von Natur engen und angespannten Bodenmarkt kann schon eine geringe und erst recht eine massive ausländische Nachfrage, oft buchstäblich

«um jeden Preis», den Bodenpreis gefährlich in die Höhe treiben. Der höhere Bodenpreis wirkt sich als Teuerungsfaktor für die ganze Volkswirtschaft aus. Jede Bodenpreissteigerung leistet der Bodenspekulation und diese wiederum einer weiteren Preissteigerung Vor-schub...»

Bald zeigte sich, dass das Gesetz wenig Wirkung entfaltete. Die Verkäufe nahmen stetig zu; im Schnitt wurden nur wenige Prozent der Gesuche abgelehnt; dafür wurden immer zahlreichere Umgehungs-geschäfte bekannt. Zwei Mal wurde die «Lex von Moos» vermeintlich verschärft – und immer neue Verkaufsrekorde stellten sich ein. Neue parlamentarische Vorstösse von seiten der SP, NA und EVP liessen erkennen, wieso sich Bundesrat Kurt Furgler – er hatte inzwischen das EJPD übernommen – weigerte, ein griffigeres Gesetz zu schaffen. Nach aussen tönte es zwar gut. So erklärte er am 13. Dezember 1972 vor dem Nationalrat:

«Den Bundesrat erfüllt die Tatsache mit Sorge, dass die kantonalen und eidgenössischen Bewilligungs- und Rekursinstanzen (1971) 4849 Gesuche bewilligten und nur 183 (4%) der Fälle ablehnten.

Es ist einfach für einen Kleinstaat nicht möglich, Auffangbecken zu werden für alle ... / ... es ist ein Unterschied, ob man zu einem lieben Freund auf Besuch geht oder sich



Fällt die Beschränkung des Liegenschaftserwerbs durch Ausländer (Lex Koller), ist das Halali auf den Schweizer Boden eröffnet.

bei ihm gleichsam einnistet für den Rest des Lebens.

Sie würden sehr rasch erleben, dass die besten Freunde eine etwas merkwürdige Gesichtsfarbe bekommen, wenn ihnen solche Überlegungen plötzlich einfielen. Ähnlich verhält es sich mit dem Gastland Schweiz.»

Am 9. Dezember 1971 hatte NR Walter Jaeger mit 11 Mitunterzeichnern ein Postulat eingereicht mit der Forderung nach einem Dringlichen Bundesbeschluss:

«... durch welchen die Verkäufe von Grundstücken und Eigentumswohnungen an Personen im Ausland befristet, d.h. bis zur Inkraftsetzung eines wirksamen Gesetzes, längstens aber für ein Jahr grundsätzlich verboten werden.»

Der Bundesrat lehnte dieses Postulat postwendend ab.

Bundesrat Furgler lässt die Katze aus dem Sack!

Die Begründung für die Ablehnung dieser – wahrhaft moderaten – Forderung lässt tief blicken. Wir lesen dort: «In ökonomischer Hinsicht stellen die Grundstückverkäufe für die bisherigen Landbesitzer, insbesondere für solche in wirtschaftlich zurückgebliebenen Gebieten, eine willkommene Einkommensverbesserung dar und vermögen in solcher Art mitzuhelfen, die Wirtschaftsstruktur einer Region zu verbessern. Der Verkauf von Eigentumswohnungen dürfte ferner den betreffenden Gebieten eine kaufkraftstarke Konsumentenschaft zuführen.»

Dabei verschwieg Herr Furgler, – dass die grossen Profiteure dieser Verkäufe in aller Regel Spekulanten waren und dass einzig die Bauwirtschaft und die Notare kurzfristige Gewinne erzielten; – dass die ungedeckten Infrastrukturkosten durch das meist schlecht genutzte Wohneigentum an den einheimischen Steuerzahlern hängen blieben und bleiben; – dass eine sinnlose Energieverschleuderung unausweichlich ist, da die leeren Wohnungen und Villen in der kalten Jahreszeit durchgeheizt werden müssen; – dass die wilde Überbauerei die tou-

Geschichte einer Kapitulation...

Fortsetzung von Seite 3

ristisch entscheidenden Landschaftsschönheiten vernichtet; – dass die Hotellerie mit ihren ganzjährigen Arbeitsplätzen massiv konkurrenziert wird, ohne dass wesentlich neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ausserdem – durch den Verkauf des Tafelsilbers wird bekanntlich keine Einkommensverbesserung erzielt, höchstens eine Notsituation überbrückt!

Dafür aber brachte Furgler bei dieser Gelegenheit zum ersten Mal das Totschlag-Argument der Diskriminierung von Ausländern, also die Xenophobie ins Spiel!

Und die Katze im Sack wollen wir an dieser Stelle klar benennen:

Nur die Interessen der Parteifreunde in den bekannten Gebieten GR, TI, VS und VD usw. sind wichtig; Wirtschaft über alles! Wachstum ist wichtig! Die Interessen der kleinen Leute sind vernachlässigbar! Das Umweltproblem ist irrelevant!

Das Intermezzo der «Lex Celio»!

In jenen Jahren litt die Schweiz unter einer massiven Inflation. Riesiges Fremdkapital drängte auf unseren Finanzmarkt, sodass auch die Finanzhaie kalte Füsse bekamen. Und siehe da – plötzlich – am 26. Juni 1972 – konnte der Bundesrat mit einem Dringlichen Bundesbeschluss alle «Rechtsgeschäfte zum Erwerb von Grundstücken in der Schweiz durch Personen im Ausland» auf eine begrenzte Dauer verbieten. Keine Rede mehr von Diskriminierung von Ausländern. Aber hier ging es ja nicht mehr um den Schutz des eigenen Bodens, sondern um die Währung! Immerhin – für einen Moment war der Ausverkauf unterbrochen. Aber sehr bald fing ein Wehgeschrei aus den Kreisen der Notare, Advokaten, Treuhänder, Liegenschaftenmakler (und Spekulanten) an und sehr rasch wurden Ausnahmen bewilligt. Wie die Statistik zeigt, war der Erfolg trotzdem eindrücklich. Leider – ein Dringlichkeitsbeschluss hat in der Regel eine nur kurze Lebensdauer – wurde er doch zu Gunsten der neu geschaffenen «Lex Furgler» schon ein Jahr später wieder aufgehoben.

Die «Lex Furgler», ein Papiertiger!

Die Botschaft des Bundesrates liess Hoffnungen aufkommen. So lesen wir dort zum Beispiel: «Die Knappheit des unvermehrten Bodens bei sich vermehrender Bevölkerung ist eine für die Schweiz unbestreitbare Tatsache; das Wort vom Volk ohne Raum wäre für die Schweiz wohl am Platze, wäre es nicht historisch belastet.

– Es empfiehlt sich, flankierend zu der Raumplanung, den Erwerb von Boden – auch und nicht zuletzt für Erholungszwecke und in Form von Wohneigentum durch Personen im Ausland – zu beschränken; der Boden soll in erster Linie den Landeskindern und jenen Ausländern reserviert bleiben, die auf ihm arbeiten oder sonst mit ihm als Einwohner dauernd verbunden sind!»

Doch schon bei der Beratung des neuen Gesetzes wurde klar, dass unter Furglers Ägide kein wirksames Instrument gegen die Verschleude-



Die NA kämpfte 1984 plakativ gegen den «Ausverkauf der Heimat»

– rung des einheimischen Bodens geschaffen würde. **Zu zahlreiche Ausnahmen wurden vorgesehen und zu viele Schlupflöcher wurden eingebaut. Und der Ausverkauf ging denn auch trotz der schönen – oben zitierten – Ausführungen des Bundesrates fröhlich weiter.**

Die Lex Friedrich von 1983

wurde unter den Titel gestellt: «Gesetz zur Verhinderung der Überfremdung des einheimischen Bodens». Eine Zielformulierung, die schlicht falsch, resp. einseitig war. Die Knappheit des Bodens schien plötzlich keine Rolle mehr zu spielen. Die Revision war unvermeidlich geworden, weil die Zahl der Bewilligungen von 1593 (im Jahre 1973 – Folge der Lex Celio) auf jährlich bis 5900 Bewilligungen zu Beginn der achtziger Jahre gestiegen war. Vor allem aber musste ein Kampfinstrument gegen die Initiative der Nationalen Aktion, die 1979 mit 108 000 Unterschriften eingereicht worden war, geschmiedet werden.

In einer Nationalfonds-Studie eines Forscherteams der Universität Genf wurde klar festgehalten, dass die geplante Schaffung der Lex Friedrich der Initiative der Nationalen Aktion den Wind aus den Segeln nehmen sollte. Es ging also keineswegs um eine bessere Bekämpfung des Ausverkaufs der Heimat!

Eine Tageszeitung titelte: «Die ganze Lexerei – eine Geschichte von Fehlschlägen!»

Das ist begreiflich, da Furgler seinerzeit – wie oben angetönt – wider-

sprüchliche Ziele unter einen Hut bringen wollte. Es ging um die Beschächtigung der Gegner des «Ausverkaufs der Heimat», andererseits (angeblich) um die Förderung der Berggebiete (lies: seiner Parteifreunde) und schliesslich um die internationale Öffnung der Schweiz. Dem letzten Punkt wäre ein besonderes Kapitel zu widmen, da «Landesvater» Furgler gleichzeitig Mitglied des internationalistischen Bilderberger-Clubs war.

Nun war also Bundesrat Friedrich an der Reihe, um einen weiteren Blindgänger zu schaffen, der sich zur Täuschung des Volkes eignen sollte.

Wer sich über die Vorgänge in den 20 Jahren Lex von Moos/Lex Furgler informieren möchte, möge sich die Beobachter-Serie «Sand in die Augen des Volkes» beschaffen und diese sorgfältig studieren.

Der Kampf gegen die Initiative der Nationalen Aktion – ein Lehrstück politischer Hinterhältigkeit!

Die Initiative kam am 20. Mai 1984 zur Abstimmung. Sie wurde getragen von einem breit abgestützten Patronatskomitee unter Führung der Nationalen Aktion und stiess in der Bevölkerung auf grosse Sympathie. In einem Artikel der NZZ führte der Schreibende aus:

«Die Initiative ist einfach und klar. Man weiss, was man erwarten kann. Sachliche Argumente dagegen, die einer genauen Prüfung standhalten, gibt es nicht.

Sie ist eine **angemessene Antwort auf 24 Jahre gesetzgeberischen Versagens und schlimmer Fehlentwicklungen.**»

10 Tage vor der Abstimmung titelte «Die Weltwoche»: «**Herr Oehen darf den Merlot aus dem Keller holen.**» Eine Umfrage hatte eine eklatante Unterlegenheit der ablehnenden Stimmen von 14% bei 47% zustimmenden Wählern ergeben. Allerdings war die Zahl der Unentschiedenen mit 28% noch sehr hoch. Der Kommentar: «**Man muss die Abstimmungschance der NA-Ausverkaufs-Initiative als exzellent bezeichnen; und an eine überraschende Trendwende ist nicht zu glauben.**» prophezeite Felix Müller in derselben Zeitung.

Aber das gegnerische Komitee hatte offenbar noch genug Geld, um nochmals eine breit angelegte Kampagne zu lancieren. Mit Titeln wie «**Noch mehr Ausverkauf der Heimat?**» am 20. Mai

«Ausverkauf der Heimat»
Nein

oder
«Nein zum Ausverkauf der Heimat»
am 20. Mai

«Ausverkauf der Heimat»
Nein

oder

«**Wie lange soll der Ausverkauf der Heimat noch weitergehen?**»

Nein zum

«Ausverkauf der Heimat»

wurde das Faktum ausgenützt, dass zur Initiative «Ausverkauf der Heimat» JA stimmen musste, wer diesen Ausverkauf wirksam bremsen wollte. Der Coup gelang. Offensichtlich stimmten hunderttausende von Stimmbürgern mit Nein in der Meinung, damit die Initiative «Gegen den Ausverkauf der Heimat» zu unterstützen.

Bei einer Stimmbeteiligung von 41,9% stimmten 48,9% für Annahme der Initiative 51,1% lehnten sie ab.

Besonders deutlich lehnten Kantone mit starken CVP-Parteien ab. Hier kumulierten sich die Stimmen der echten und vermeintlichen Profiteure des Ausverkaufs mit den getäuschten Mitbürgern in dramatischer Weise. Die «Bauernfängerei» mit der täuschenden Abstimmungspareole hatte ganz eindeutig den Willen des Volkes ausgehebelt! Angenommen hatten die Kantone ZH, BE, SO, BS, BL, SH, AR, SG, AG und TG.

Damit war der Weg für die Lex Friedrich offen!

Es ist eine Schönfärberei, was im Bericht mit Vorentwurf betreffend Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland berichtet wird.

Es ist nicht wahr, resp. eine Täuschung der Bürgerschaft, wenn behauptet wird, die Lex Friedrich sei nur geschaffen worden, um die Überfremdung des einheimischen Bodens zu verhindern. Wir haben das Thema oben dargestellt.

Schritt um Schritt wurden alle Massnahmen abgeschwächt, die dem Schutz der Interessen der einheimischen Bevölkerung gedient hatten. Immer wieder haben sich die Wirtschaftskreise durchgesetzt, sodass z.B. seit 1997 (Lex Koller) der Erwerb von Grundstücken als reine Kapitalanlagen durch Ausländer möglich ist.

Mit dem Freizügigkeitsabkommen von 1999 sind die Staatsangehörigen der EG-Staaten, die ihren Wohnsitz in der Schweiz haben, und die Grenzgänger auch von dieser Bewilligungspflicht befreit.

Weitere Lockerungen beschloss das Parlament 2002 und erneut 2004.

Heute sind wir tatsächlich an einem Punkt angelangt, wo festzustellen ist, dass

– **der Anwendungsbereich der Lex Koller stark eingeschränkt worden ist;**

– **sich der Kreis der Personen, die noch der Bewilligungspflicht unterliegen, sehr verkleinert hat,**

Zum Thema Bilderberger-Konferenz-Teilnahme von a. Bundesrat Christoph Blocher

Unser Leser H.M. in B. hält sich – wie wir meinen zu Recht – über die nicht vorhandene Reaktion der SVP zur Teilnahme von Christoph Blocher an einer Bilderberger-Konferenz auf. Wir publizieren hier Teile der Antwort unseres Mitarbeiters VJO auf einen persönlichen Brief.

Sie werfen in Ihrem Brief grundsätzliche Probleme zur «Bilderberger-Konferenz» auf, die ich nur teilweise beantworten kann.

Auf Ihre konkreten Fragen ist darauf hinzuweisen,

– dass für jede Tagung die meisten Teilnehmer als Privatpersonen eingeladen werden, ohne zur Kerngruppe der Organisation zu gehören. Sie werden ausgewählt, wenn sie in der Politik, im Geschäftsleben oder in der Kultur (Medien, Hochschulen, etc.) ihres



Das geheime, heute noch strikt einzuhaltende Protokoll der Bilderberger-Sitzungen wurde 1919 im Schatten des Friedensvertrages von Versailles festgelegt.

Landes eine wesentliche und bedeutende Position einnehmen.

– dass aus der Schweiz Bundesräte zu einzelnen Tagungen eingeladen wurden, die als führungsstarke Persönlichkeiten bekannt waren. So ist aktenkundig, dass die Bundesräte Furgler, Couchepin und Blocher sicher mindestens je einmal an einer dreitägigen Konferenz teilnehmen konnten.

– dass die Bilderberger-Konferenz wegen ihrer Geheimnistuerei und der zumindest teilweisen Finanzierung durch den amerikani-

schon Geheimdienst CIA keinen guten Ruf hat.

– dass die Bilderberger-Konferenz – gemessen an ihren wichtigsten Repräsentanten – vorwiegend dem Aufbau des US- Hegemonial dient. Von diesen wichtigsten permanenten Mitgliedern seien an dieser Stelle genannt:

David Rockefeller (Chase Manhattan Bank), Henry Kissinger (ex US-Aussenminister), Helmut Schmidt (Ex-Bundeskanzler D), Josef Ackermann (CEO Deutsche Bank).

Wenn sich die SVP-Führung zur Teilnahme von Christoph Blocher an einer Bilderberger-Konferenz nicht äussert, so dürften folgende Gründe massgebend sein:

– Die Geheimhaltung der allfälligen Beschlüsse dieser Konferenzen funktioniert so gut, dass sie schlicht nichts wissen, das einer sachlichen Diskussion würdig wäre.

– Es ist ihnen peinlich, dass Blocher eine Einladung angenommen hat und damit Stoff für Verdächtigungen liefert.

Es stimmt sicher nicht,

– dass nur «Bilderberger» eingeladen werden. Die Bedingungen für eine Einladung habe ich oben erwähnt.

– dass viele SVP-Schwergewichte zum harten Kern der Bilderberger-Konferenz gehören. Dazu sind alle miteinander zu «leichtgewichtig»!

Wenn sich die SD nicht schwergewichtig mit der Machtelite dieser Welt anlegen, ist dies verständlich und vernünftig. Die meisten unserer Mitglieder und Leser sind zu gutgläubig und zu brav, um die Spiele der Mächtigen zu durchschauen und entsprechende Berichte zu akzeptieren. Der Vorwurf der Verhetzung und des Sektierertums aber müsste die Partei deshalb schwer treffen.

Fortsetzung von Seite 4

seitdem die in der Schweiz wohnenden Staatsangehörigen der EG- und EFTA-Staaten jegliche Art von Grundstücken frei erwerben können.

Die Politik hat vor den Interessen der Wirtschaft kapituliert!

In den Vernehmlassungsunterlagen stehen folgende ominöse Auslassungen: «Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Schweiz in einer globalisierten Welt die Sonderbehandlung von Ausländern im Bereich des Grundstückerwerbs immer weniger leisten kann. Der Wirtschaftsstandort Schweiz hat ein vitales Interesse daran, für international tätige Unternehmen an Attraktivität zu gewinnen. Mit der Gesetzesaufhebung kann ein weiterer Beitrag zur Liberalisierung der schweizerischen Wirtschaftsordnung geleistet werden, und die Schweiz kann sich auf diese Weise als dynamischer, offener und zukunftssträchtiger Wirtschaftsstandort positionieren.»

Gleichzeitig wird angekündigt, der Bestand an Zweitwohnungen werde weiter zunehmen. Die damit verbundenen Probleme vermögen unsere Regierung nicht zum Handeln bewegen, da – einmal mehr – wirtschaftliche Interessen bestimmter Kreise wichtiger sind als das Wohl der Gesamtbevölkerung und der Schutz der Umwelt. Erst wenn 30 bis 50% des gesamten Wohnungsbestandes in einer Region Zweitwohnung seien, müssten spezielle Regelungen geprüft werden. Da kann man wirklich nur sagen:

Und ist es auch Wahnsinn, so hat es doch Methode!

Bernhard Hess ist ehemaliger Nationalrat und als Heimweh-Emmentaler «lebenslanglich» Anhänger des SC Langnau.

Auch in der Nationalliga A, pardon: National Hockey League, hat die seelenlose Krankheit namens Anglizismus Einzug gehalten. So mutierte in den letzten Jahren der EHC Klotten zu den Klotten Flyers. Aus dem Zürcher SC wurden die ZSC Lions, der EHC Rapperswil-Jona wurde gar zu den «Lakers» und mein Emmentaler Stammverein SC Langnau erhielt die englische Zusatzbezeichnung «Tigers». Englisch, Englisch über alles! Man will sich weltoffen, modern und multikulturell geben und merkt nicht einmal, dass damit lange und teilweise höchst ruhmreiche Vereins-traditionen auf der Strecke bleiben. Kürzlich schaute ich zusammen mit

Ein Plädoyer gegen die Anglizismenflut im Sport



Faszination SC Langnau: Mit Sicherheit die treuesten Anhänger in der NLA.

meinem Göttibub im altherwürdigen Allmendstadion (jetzt kommerziell Postfinance-Arena) das kleine Tatzenduell zwischen dem SC Bern (erstaunlicherweise immer noch ohne einen modernen zeitgeistlichen Zusatz wie etwa «Bears») und dem SCL an, als dieser mir einge-

stand: «Du, ich habe die «Tigers» noch nie live siegen gesehen!», worauf ich ihm antworten durfte: «Doch ich habe die Langnauer oft im Siegestaumel erlebt.» «Tigers» oder «Langnauer» – zwei verschiedene Sportwelten? Tatsache ist, dass unter dem langjährigen, kürzlich nicht ohne Nebengeräusche abgetretenen SCL-Präsidenten und BDP-Nationalrat Hans Grunder, der Emmentaler Dorfclub SC Langnau (Schweizer Meister 1976) zu den SCL Tigers mutierte.

Traurige Tatsache ist aber auch, dass unter dem Etikett «Tigers» der SCL während mehr als einem Jahrzehnt die sogenannten «Play-offs», also die Endausmarchung der besten acht Mannschaften um den Meistertitel, regelmässig verpasste – leider auch im Spieljahr 2009/10. Ich

Fortsetzung Seite 6

Habt Erbarmen mit den Super-Reichen – weg mit der Lex Koller!

Es fehlt ihnen zunehmend der angemessene Wohn- und Erholungsraum!

- Nicht vergebens wollte die Obwaldner Regierung speziell schön gelegene, überdurchschnittlich grosse Bauparzellen für Reiche reservieren.
- Am Zürichsee und anderen Seen garantiert ein gut gefülltes Portefeuille zurzeit noch für erholsame Rahmenbedingungen zum Wohnen und Sich-Erholen.
- In Andermatt soll der beste Talgrund für die betuchte Gesellschaft in Form von Ferienhäusern, -wohnungen und Luxushotels geopfert werden.
- Im Wallis, Graubünden und im Berner Oberland sind in bevorzugten Lagen längst Reichen-Ghettos entstanden – wo die «Gewöhnlichen» nur noch Staffage sind und Diener-Status haben.
- Im Tessin sind weitherum die steilsten Abhänge in terrassierte Goldküsten-Festungen umgewandelt worden.

Jetzt sind Phantasie und eine kreative Bauzonen-Politik gefragt, um den Super-Reichen weiterhin in den noch «reichlich» vorhandenen Berg- und Seegebieten (wenigstens mit Ausblick auf Selbige!) ihrem Status entsprechende Villen mit Umschwung zu ermöglichen.

Gebt mir meinen SC Langnau zurück

Fortsetzung von Seite 5

wünschte mir, dass die neuen Verantwortlichen in Langnau die erfolglose Ära des Hans Grunder eindrucklich beenden, indem sie im kommenden Jahr wieder auf die alte Bezeichnung des Emmentaler Traditionsvereins SC Langnau zurückkommen. Im Emmental konnten sich die Eishockeyfreunde ohnehin nie so recht mit dem modernen Vereinsnamen «Tigers» anfreunden. Beispiele gefällig? Auch diese Saison tönt es wieder eindrucksvoll «Ho, Ho, Hopp Langnau!» durch die Ilfshalle und Tausende von Kehlen singen jeweils: «Mir si wäge Langnau da!» – «Hundertprozant Langnau» versus dekadente «Tigers»!

Ich erinnere mich noch lebhaft an die 1980er-Jahre, als ein neuer, sympathischer Eishockeystern aus dem Üchtland am Schweizer Sporthimmel aufging. Damals diskutierten die Sportredaktionen noch hitzig darüber, ob die französische Schreibweise des HC Fribourg-Gotteron in der Deutschschweizer Pres-

Was ist mit den schwindenden Landreserven?

Dummes Geschwätz! Für die gewöhnlichen Leute lösen wir das Problem mit dem so genannt «verdichteten» Bauen und durch bessere Nutzung der 3. Dimension – der Höhe. Der Berner Gäbelbach und das Murifeld sind erhebende Beispiele für das, was wir an Möglichkeiten noch haben, wenn wir nicht mehr bloss lächerliche 3- bis 7-stöckige Wohnmaschinen bauen. Rechnen Sie selbst nach, wie wenig Boden man z.B. für 1000 Personen braucht, wenn man 20- oder 30-stöckige Häuser bauen würde. Man braucht ja nicht gerade so zu übertreiben wie in Singapur, Tokio, New York oder in Bümpliz.

Zu Recht betonte der Basler Architekt Andreas Bründler – einer der Planer des geplanten, umstrittenen Wohnturms in Wabern bei Bern: «In den 1960er Jahren sind insbesondere in Bümpliz im Eiltempo Hochhaussiedlungen entstanden. Ziel ist es gewesen, auf wenig Raum möglichst viele Leute unterzubringen (Was ja auch gelungen ist!). Diese Häuser sind mit Rationalität und Lieblosigkeit gebaut worden.»

se durch HC Freiburg-Galtrern (oder zumindest Gotteron ohne «é», weil vom deutschen Galtrern abgeleitet, ersetzt werden sollte. Die Zeitungsredaktion des «Bund» blieb noch lange standhaft und schrieb Gotteron ohne «é». Ich glaube kaum, dass hervorragende Sportjournalisten wie Klaus Zaugg (er titelte vor bald 20 Jahren mit Humor und auf gut Deutsch: «Die Tiger killten die Flieger» (EHC Kloten, die Red.) sich damals vorstellen konnten, dass die höchste Spielklasse im Eishockey mal nur so von Lakers, Flyers, Lions oder auch Tigers wimmelt...

Zudem: Den Sprachpanschern hierzulande sei hinter die Ohren geschrieben: Für jedes englische Wort gibt es auch ein treffendes auf Deutsch: Tigers – Tiger, Lions – Löwe. Manchmal ist die englische Bezeichnung auch verwirrend. Bedeutet nun «Flyer» – Flieger oder Flugblatt? Und wie um Himmels willen wird «Lakers» übersetzt? Einen «Seeler» gibt es meines Wissens im deutschen Sprachgebrauch nicht...



Bau- und Partylöwe Richard Lugner am Wiener Opernball 2010 – Sucht er bald auch Erholungsraum in der Schweiz?

Der jetzt geplante Wohnturm, der als bewohnbarer, künstlicher Stein bezeichnet wird, soll für 50 Wohnungen und also mindestens 100 bis 200 Bewohner Platz bieten und es soll dabei nur wenig Grünfläche zubetoniert werden.

Und die Frage des Verkehrs!

Na ja! Die SBB ist bekanntlich bereits am Planen, wie sie ihr Verkehrsnetz bis in 20 Jahren ausbauen, verdoppeln kann. Und sicher wird Fuhrhalter und SVP-Nationalrat Giezendanner demnächst mit einer parlamentarischen Initiative ein zweites Autobahnnetz fordern. Das alles wird zwar viele, viele Milliarden kosten – die wir kleinen Leute aber doch so gerne (?) aufbringen. Möchten wir doch auch in Zukunft jeden Morgen in vernünftiger Zeit unseren Arbeitsplatz erreichen. Eine neue Strassenbahn nach Bern West (lies Bümpliz-Brünnen) ist bereits im Bau und wird schon bald die Anwohner mit ihrem Quitschen beglücken. Als Vision sehen wir bereits die schweizerische Mittelland-Stadt; voll erschlossen mit S-Bahnen, U-Bahnen und Hochbahnen, die uns im 15-Minuten-Takt von Genf nach Lausanne und von Bern nach Zürich transportieren. Mit gutem Willen ist eben alles lösbar!

So werden wir den privaten Autoverkehr gewiss etwas einschränken müssen – was aus der Sicht der Umweltverträglichkeit ohnehin notwendig und im Interesse der Anwohner der grossen Verkehrsachsen unabdingbar ist.

Dabei wollen wir aber die enormen Möglichkeiten der modernen Kommunikationsmittel zur Lösung der Probleme nicht vergessen. Millionen von Arbeitsplätzen werden in die Wohnungen verlegt werden können (PC-Glasfaserkabel!) Zur Erholung wird das TV-Angebot weiter ausgebaut werden und jedermann

wird über x Playstations verfügen. Den nötigen Schlaf holen wir uns dank unserer führenden Pharma-Industrie, und Sauerstoff-Flaschen werden in jedem Haushalt für «frische» Luft sorgen.

Und damit soll der Erholungsraum für die Super-Reichen geschont werden?

Aber sicher – ausser dem reichlichen Bedienungspersonal haben wir fast niemanden in den Wohlfühlzonen nötig. Dazu kommen noch die Relikte der Ursprungsbevölkerung, die den Schein des glücklichen Alpenlandes mit Treicheln, Geislechöpfen, Alphornblasen, Jodeln, Alpauflügen und Alpbazügen zu pflegen haben.

Im Tessin sehen wir Trachtengruppen mit Mandolinbegleitung und Holzzoccoli-Geklapper «oh sole mio» singen.

Und wie steht es mit dem Nachwuchs?

Kinder sind bekanntlich laut, unerzogen und voller Bewegungsdrang. Zudem ist jede Stadt seit jeher kinderfeindlich, die Erziehung in den verdichteten Räumen eher schwierig. Deshalb lassen wir die Reproduktionsrate ruhig weiter absinken – sagen wir auf 1,1 Kind pro Frau. Das dürfte gerade ausreichen, um die oben erwähnten Illusionen aufrecht zu erhalten.

Die Zukunft gestalten!

Dem «gemeinen Volk» in den Massensiedlungen der Städte müssen wir nur noch beibringen, die Naherholungsgebiete besser zu nutzen. Es geht doch in Zukunft nicht mehr an, dass an einem schönen Wochenende ganze Völkerscharen in die Erholungsgebiete der Berge fahren, die Luft verpesten und einen Riesenlärm verursachen.

Wo bleibt da der Erholungswert für

die super-reichen Inländer und Ausländer?

Liebe Leser, Sie sehen, wir haben noch viele Möglichkeiten, den «Super-Reichen» etwas zu bieten – ausser der Pauschalbesteuerung, UBS-Anlagen (UBS heisst übrigens *Unse-re Besten Steuerschlupflöcher*) und Fluchtmöglichkeiten vor fremder Justiz. Vor allem aber – weg mit den Beschränkungen im Verkauf von Land und Liegenschaften (Lex Kol-

ler) an Personen im Ausland – das ist nicht mehr zeitgemäss!

Seien wir kreativ – es zahlt sich in klingender Münze aus – und die Finanzdirektoren der Kantone (FDK) werden sich freuen.

Hans Spitz, Köniz

PS: Ein zum Teil leicht satirischer Text – verfasst während den letzten Fasnachtstagen!

Bau- und Planermafia im Berner Oberland!



Walter Brunner,
Präsident
SD-Berner
Oberland,
Unterseen

Bezugnehmend auf einige hervorragende Artikel im letzten «Schweizer Demokrat» gibt es gerade aus dem Berner Oberland einige Anmerkungen anzubringen. Ob in Grindelwald, Gstaad/Saanen, Lenk oder sonstwo, es schießen massenweise Häuser auf bisher unüberbautem Land in die Höhe. Es gibt zahlreiche Regelverstösse gegen sogenannte Ewap-Richtlinien, die vorschreiben, wieviel Prozent einer Liegenschaft dauerbewohnt sein muss (Erstwohnungsanteil).

Diese Regelung wurde geschaffen, um zu vermeiden, dass massenweise leerstehende Ferienhäuser («kalte Betten») erstellt werden. Solches Bauen verteuert den Bodenpreis, vom Kulturlandverlust ganz zu schweigen. Diese Fragen sind eigentlich Kernthemen der SD. Wegen Behördenwillkür und anderen Anfeindungen müssen die SD indirekte Bekämpfungsmöglichkeiten wählen, via spezialisierte überparteiliche Vereine und Gesellschaften, welche sich der genannten Probleme annehmen.

Dies aus folgenden Gründen: Der Schreibende selbst ging gegen mehrere Bauprojekte namens der SD-Berner Oberland mit Einsprachen und Beschwerden vor. Das Ganze gipfelte darin, dass der zuständige Regierungsstatthalter (Regionale Vertretung der Berner Kantonsregierung) die SD als nicht einspracheberechtigt erklärte und somit de facto mundtot machte. **Weshalb die SD in Baufragen nicht einspracheberechtigt sein sollen, die Grüne Partei aber den Ausbau der Grimseckkraftwerke blockieren kann, bleibt ein Rätsel!**

Fragwürdige Ablehnung

Im Zuge einer Verschandelung eines alten Kursaalgebäudes gelang es dem Schreibenden überdies zu beweisen, dass im Kontext «Ausländer – Einheimische», mit ungleichen Ellen gemessen wird. Nachdem an einer Gemeindeversammlung nach Zeugenaussagen ein Baukredit nicht rechtens vergeben wurde, kam es zu einer Gemeindebeschwerte. Mangels Beweisen kam diese aber nicht durch. An der nachfolgenden Gemeindeversammlung wurden Aussagen des Beschwerdeführers falsch protokolliert. Es wurde ein Abänderungsantrag gestellt, welcher abgelehnt wurde. Der Beschwerdefüh-



rer befand analog des Beschwerde-rechts von Einbürgerungswilligen, die Ablehnung des Antrages müsse begründet werden. Der Antragsteller werde durch Ablehnung des Antrages persönlich gemäss Bundesverfassung diskriminiert. Die nächste Gemeindebeschwerte wurde fällig. Zur Erinnerung: Wird die Einbürgerung eines Ausländers abgelehnt, muss dies begründet werden, sonst ist es diskriminierend. Vorliegender Fall: Die Aussage eines Schweizers wird falsch protokolliert, also eine Falschaussage untergeschoben. Der persönlich Betroffene verlangt die Berichtigung, welche aber unbegründet abgelehnt wird. Ergo: Der Ausländer darf nicht diskriminiert werden, der Schweizer hingegen schon! Die Beschwerde wurde abgelehnt. Dieser Fall ist bewiesen und protokolliert mittels Gemeindebeschwerte beim oben erwähnten Regierungsstatthalter!

Monatsrückblick

Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen fragwürdig

Schon im August 2009 haben sich die Schweizer Demokraten in einer Resolution gegen die Aufnahme von Guantánamo-Häftlingen ausgesprochen. Mit der Übernahme von zwei Uiguren aus dem genannten Gefangenlager hilft der Bundesrat einzig ein Problem der USA zu lösen, jedoch ohne dafür irgendeine Gegenleistung zu erhalten. Zudem gefährdet er die guten Beziehungen der Schweiz zu China. Ohne Not handelt sich die Schweiz zudem ein Terrorrisiko ein und setzt ein wirtschaftliches Potenzial in Milliardenhöhe aufs Spiel.

Datenklau – Bundesrat kuscht

Gleichzeitig kuscht der Bundesrat vor Deutschland. Statt über realistische Lösungsansätze zu diskutieren, setzt der Bundesrat in Sachen Datenklau auf das Prinzip «Hoffnung». Die SD fordern die Landesregierung auf, Rückgrat zu zeigen und zumindest die Angriffe auf die schweizerische Souveränität in aller Form zurückzuweisen. Unter den gegebenen Umständen darf es weder Verhandlungen über ein neues Doppelbesteuerungsabkommen mit Deutschland, noch weitere Zahlungen im Rahmen der Zinsbesteuerung geben.

Ausfernde Gewalt

Die SD sind besorgt ob der zunehmenden Gewaltextzesse. Immer häufiger werden Menschen von Jugendlichen grundlos attackiert und spitalreif geschlagen. Oft handelt es sich bei den Tätern um Jugendliche mit Migrationshintergrund. Gerade dieser Umstand wird aber von unseren kosmopolitisch ausgerichteten Medien und den Multikulti-Predi-

gern in fast allen Parteien negiert oder schöngeredet. Politik und Gesellschaft haben dafür zu sorgen, dass Recht und Sicherheit wieder vollumfänglich gewährleistet sind. Dafür stehen die SD ein!

Tor für mehr Zuwanderung geöffnet

Die Richter am Bundesverwaltungsgericht wollen den Familiennachzug für Ausländer auch dann ermöglichen, wenn nur ein Elternteil eine Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz hat. Mit diesem Urteil wird einmal mehr eine Tür für mehr Zuwanderung geöffnet, welche sich künftig kaum mehr eindämmen lässt. Die Schweiz verliert nach und nach die Kontrolle über die Einwanderung.

EU-Zuwanderung wird nicht eingeschränkt

Trotz Rekordarbeitslosigkeit erwägt der Bundesrat nun offenbar doch nicht, die Wiedereinführung von Kontingenten für Einwanderer aus der EU zu prüfen. Bereits im Mai 2008 hat die SD auf die Problematik der unkontrollierten EU-Einwanderung hingewiesen und die Landesregierung aufgefordert, die Zuwanderung über eine Kontingentslösung zu regulieren. Insbesondere in wirtschaftlich schlechten Zeiten muss die Schweiz den Zugang von Ausländern zu unserem Arbeitsmarkt und zu den Sozialleistungen kanalisieren können. Deshalb fordern die SD, dass der Bundesrat endlich handelt, die «Ventilklausel» umgehend anwendet, und die Zuwanderung in die Schweiz künftig nur noch im Rahmen der Kontingente zulassen wird. Die freie, unkontrollierte Zuwanderung in die Schweiz ist für unser Land nicht mehr tragbar!

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern



Chard



Kanton Bern



Grossratswahlen vom 28. März 2010

SD – Heimattreue Opposition ins Rathaus!

Im Wahlkreis Stadt Bern treten die Schweizer Demokraten (SD) mit einer Liste (Nummer 15) von 9 Kandidatinnen und Kandidaten aus verschiedensten Berufsrichtungen an. Sie vertreten einen eigenständigen politischen Kurs im Sinne des SD-Parteiprogramms. Angeführt wird der Wahlvorschlag vom Sektionspräsidenten und Stadtrat Robert Meyer. Das Mindestziel liegt bei der Rückeroberung des vor vier Jahren verlorenen Mandats. Es besteht eine Listenverbindung mit der SVP.

SD-Kandidaten Stadt Bern

Robert Meyer, 1960, Buchhalter / Treuhänder, Stadtrat, Bern

Adrian Pulver, 1983, dipl. Kaufmann HWD, Bern

Ronald Lerch, 1950, Notar, Bern

Franziska Geiser, 1952, Psychologin a. D., Bern

Arpad Gurtner, 1972, Maler/Gipser, Thörishaus

Rudolf Kohli, 1949, Chauffeur, Bern

Nora Gagg, 1955, Buchhalterin, Bern

Daniel Kirchhofer, 1980, Betriebsangestellter, Ostermundigen

Hans-Rudolf Diebold, 1955, Bäcker-Konditor, Bern

Sämtliche Kandidaten werden jeweils kumuliert aufgeführt.

SD im Berner Oberland präsent

Die Schweizer Demokraten Berner Oberland werden im Wahlkreis Thun mit der Liste 14 und im Wahlkreis Oberland Liste 11 in die Grossratswahlen steigen. Die Liste enthält ausschliesslich Spitzenkandidaten und kommt ohne sogenannte «Listenfüller» aus. Es wurde auf grösstmögliche Unabhängigkeit der Kandidaten geachtet, um der Parteimaxime «Ohne Filz» gerecht zu werden.



v.l.n.r. stehend: Robert Meyer, Adrian Pulver, Ronald Lerch, sitzend: Franziska Geiser, Arpad Gurtner.

SD-Kandidierende im Wahlkreis Thun Liste 14:

Yves Berger, 1985, Vorstand SD-BeO, Kaufm. Angestellter, Wimmis



Roland Marti, 1956, Unternehmer, (parteilos) Unterseen

Gabriela Fischer, 1976, Bauverwalterin, Zwieselberg



Roland Schöni, 1958, Unternehmer, Bönigen



Alle kumuliert.



Gerhard Müller, 1968, Verkaufsberater, Thun

Alle kumuliert.

SD-Kandidierende im Wahlkreis Oberland Liste 11:

Walter Brunner, 1974, Kreisrichtersuppleant, Hauswart/Gärtner, Präsident SD-BeO, Unterseen

Jakob Jäggi, 1953, VR-Präsident Vreneli AG, Gemeindeangestellter, Vize-Präsident SD-BeO, Kandersteg

**SD-Kantonalpräsident Andreas Beyeler kandidiert**

SD-Kandidierende im Wahlkreis Biel-Seeland Liste 12:

Andreas Beyeler, Gastwirt, SD Kantonalpräsident, Worben.





SD 
Schweizer Demokraten

patriotisch – umweltbewusst – bürgernah



Auch er konnte sich zu wenig gegen die Masseneinwanderung wehren – jetzt lebt er im Reservat...

...ersparen wir uns dieses Schicksal!



Kanton Aargau



Antwort des Aargauer Regierungsrates (hier gekürzt) zur Interpellation betreffend Gefahr eines Verbots von Kruzifixen und anderen christlichen Symbolen in Schulzimmern und öffentlichen Räumen im Kanton Aargau. Teilerfolg für SD-Grossrat René Kunz.

Kreuze sollen in Schulzimmer hängen bleiben!

Der Regierungsrat erachtet es nicht als erforderlich, generelle Regelungen oder Verbote dort durchzusetzen, wo selbstständige Schulen vor Ort Traditionen pflegen, welche die Erfüllung gesetzlicher Aufgaben nicht hindern und nicht Anlass zu Reklamationen geben. Er weist hierbei auf die Schrift «Umgang mit religiösen Bedürfnissen an der Volksschule» hin. Es handelt sich hierbei um eine sogenannte Wegleitung des Departements Bildung, Kultur und Sport für Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulpflegen.

Gemäss Regierungsrat besteht keine Notwendigkeit und keine Verpflichtung, Kruzifixe oder andere christliche Symbole aus Schulzimmern und öffentlichen Räumen zu verbannen. Die «Gefahr» (Titel der Interpellation) ist nicht gegeben.

Die schweizerische und kantonale Rechtsordnung ist und bleibt das massgebende Fundament und Regelwerk für das Zusammenleben aller Menschen unseres Landes. Durch die Verwirklichung dieser Rechtsordnung, welche durch abendländisch-christliche Werte geprägt ist, wird die Durchsetzung dieser Werte gewährleistet. Die Tatsachen, dass es abweichende Richtigkeitsvorstellungen (Wertpluralismus) gibt und etliche Religionsgemeinschaften (Pluralismus religiöser Konfessionen) existieren, können und dürfen die Massgeblichkeit der staatlichen Rechtsordnung [CH/AG] nicht beeinträchtigen oder in Frage stellen.

Das aargauische Schulrecht kennt keine Kleidervorschriften für Schülerinnen und Schüler. Es müssen daher religiöse Kleidungsstücke toleriert werden. Der Regierungsrat hält dafür, dass der Staat in religiösen Belangen keinen Zwang ausüben sollte. Er hat keine Veranlassung, ohne Not generelle Verbote aufzustellen. Er ist vielmehr der Auffassung, dass es Schulpflegen und Schulleitungen und Lehrpersonen der lokalen Schulen überlassen werden darf, die Kruzifix-Frage selbstständig zu regeln, wenn und soweit ein Regelungsbedarf überhaupt besteht. **Der Regierungsrat ist der Auffas-**

sung, dass die öffentlich-rechtlich anerkannten Kirchen (§ 109 KV) und jene Menschen, die sich zum Christentum bekennen, christliche Inhalte in der Gesellschaft zum Tragen bringen sollen. Die Volksschule bezweckt Erziehung und Bildung; sie hat im Kern die Aufgabe, Kinder und Jugendliche zu unterrichten. Vor diesem Hintergrund hat die Frage der Kruzifixe und anderer christlicher Symbole in Schulzimmern und öffentlichen Räumen nicht jene Tragweite, welche die Frage 5 des Interpellanten voraussetzt.

Der Regierungsrat ist der Auffassung, dass der Respekt, die Toleranz und die Rücksichtnahme von Lehrpersonen gegenüber konfessionell gemischten Klassen sowie die Wahrung optimaler Unterrichtsbedingungen das Tragen starker religiöser Symbole – wie Kopftücher und Burkas – durch Lehrerinnen und Lehrer ausschliessen (Anmerkung der Redaktion: Auf gut deutsch heisst dies: Schülerinnen moslemischen Glaubens dürfen z.B. ein Kopftuch tragen – Lehrerinnen hingegen nicht!).

Ob und allenfalls wie weit Angestellte des Staats berechtigt sind, solche Symbole zu tragen, hängt stark von der Abwägung konkreter Interessen des Arbeitgebers und der Angestellten im jeweiligen Einzelfall ab. Von Interventionen des Arbeitgebers betroffene Angestellte können Beschwerde erheben. Es kann hier grundsätzlich offen bleiben, wie Gerichte ihnen unterbreitete Fälle entscheiden (Unabhängigkeit der Justiz). **Im Fall einer klagenden Genfer Lehrerin kam das Bundesgericht bereits 1997 zum Schluss, dass sie das Kopftuch während des Unterrichts abzulegen habe.**



Achtung: Bei dieser Zeitung handelt es sich um eine politische Information. Dies ist der Grund, weshalb sie auch in jene Briefkästen verteilt wird, auf denen sich ein Stopp-Kleber befindet. Dies ist gesetzlich erlaubt!

Schluss mit Streicheleinheiten

SD Aargau fordern flächendeckende Polizeikontrollen in Asylunterkünften im Kanton Aargau!

Die Schweizer Demokraten SD des Kantons Aargau fordern die Behörden auf, dass in sämtlichen Asylbewerberunterkünften im Kanton Aargau flächendeckende Polizeikontrollen durchgeführt werden. Durch Polizeikontrollen in jüngster Vergangenheit haben die Polizeiorgane «fette» Beute gemacht. Es ist für die SD nicht tolerierbar, wenn Asylbewerber kriminelle Aktivitäten entwickeln. Die Verunsicherung bei der Bevölkerung ist gewaltig; es ist deshalb unabdingbar, dass die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wiederhergestellt wird.

Seit Jahren wird der Kanton Aargau – vor allem mit Personen afrikanischer Herkunft – geradezu überschwemmt. Dass sich dieser Personenkreis keinen Deut um unsere Rechtsordnung kümmert, spricht eine klare Sprache – denn nebst den finanziellen Zuwendungen durch staatliche und private Institutionen und dem Besitz von modernen Kommunikationsmitteln ist ein grosser Teil dieser Einwanderer primär im Drogenhandel



Auch bei uns oft ein Hort der Verbrecher: Asylbewerberheime!

tätig. Die SD Aargau fordern auch aus sicherheitspolitischen Gründen von den zuständigen Behörden, drogendealende und anderweitig kriminelle Asylbewerber sofort auszuweisen – verbunden mit einem permanenten Einreiseverbot. Die SD Aargau fordern ausserdem vom Regierungsrat, die Asylbetreuerinnen und Asylbetreuer vermehrt in die Pflicht zu nehmen und sie auf ihre Aufsichts-Aufgaben hinzuweisen. Hinschauen statt Wegschauen – heisst die Devise!

René Kunz, Reinach, Kantonalpräsident, Grossrat



Gratis reisen mit der SBB!

bez. Da reiste ich kürzlich an einem Samstag-Nachmittag mit der Bahn von Biel nach Lausanne. Ich gönnte mir die 1. Klasse (da mit dem Halbtax-Abo noch erschwinglich!). Im Wagen sassen nur etwa 15 Reisende... Im anschliessenden vorderen Wagen befand sich das fahrende Speiserestaurant.

Nach dem Zwischenhalt in Yverdon-les-Bains schritt eine ältere Frau an zwei Stöcken gehend und mit weissen Turnschuhen versehen, kräftigen Schrittes im Mittelgang Richtung Speisewagen. Dem Aussehen entsprechend (mit Kopftuch) handelte es sich um eine Bewohnerin des Balkans.

Kurz vor meinen Reiseziel Lausanne verspürte ich ein «Bedürfnis», da ich im Zug auch etwas getrunken hatte. Die WC-Anzeige über der Tür – Richtung Wagon-Restaurant – zeigte immerwährend grün an! So ging ich rasch zum WC, da dieses ja offensichtlich frei war. Die direkte Tür zum «Örtchen» war dann auch nicht verschlossen (bei

verschlossener Tür wird der Zugführer womöglich auf den Fahrgast warten, um die Billettkontrolle durchzuführen!). Ich öffnete die Tür – oh Schreck – wer sass da (ohne die «Hosen» runterzulassen!) gemütlich auf dem Lokus und ass in aller Ruhe das verspätete Mittagmahl: Die «Dame» mit den Stöcken! Deshalb musste ich unverrichteter Dinge wieder an meinen Platz zurückkehren.

Da kam auch schon der Zugführer aus der Richtung «Essstübli WC». **Ich sprach diesen an und eröffnete ihm, dass sich im WC vermutlich eine Schwarzfahrerin befindet.** Der Zugführer darauf: «Dies ist nicht mein Zugteil – ich werde es meinem Kollegen mitteilen!». Nach einigen Minuten stieg die an Krücken gehende «Dame» in Lausanne unbehelligt aus dem Zug!

Da dachte ich mir: **«Mit Köpfchen und genügender Frechheit reist man bei der SBB ja gratis!»**

SD-Marktplatz

Suchen Sie etwas? (ein Handörgeleli oder eine/n Freund/in). **Möchten Sie etwas verkaufen, vermieten, verschenken, tauschen usw?**

Rufen Sie uns an und teilen Sie uns Ihr Anliegen mit. Oder schreiben Sie uns per Briefpost/Postkarte; noch besser per E-Mail. Der zu veröffentlichende Text soll **kurz**

und aussagekräftig sein! Diese **Kleininserate** erscheinen max. 2-mal im «Schweizer Demokrat» und sind für die SD-Familie **gratis**. Normalerweise wird im Kleininserat für die Kontaktaufnahme die **Telefonnummer** des/der Auftraggebers/in abgedruckt. Aber andere Kontaktmöglichkeiten sind auch

möglich (z.B. Postadresse, E-Mail). Bei ganz persönlichen Dingen ist ein **Chiffre-Inserat** von Vorteil. In diesem Fall bitte Ihrer Briefsendung an uns Fr. 10.– (Note) beilegen. Wir leiten dann die eingegangenen Briefe an Sie weiter. Bitte Ihre Postanschrift nicht vergessen. Volle Diskretion zugesichert!

Kontaktadresse: SD-Marktplatz, Postfach 1531, 4001 Basel

Tel. 061 262 03 04, Fax 061 262 03 15
E-Mail: info@sd-marktplatz.ch

Inserateaufgabe auch direkt möglich auf

www.schweizer-demokraten.ch

Wer sucht, der findet!

ZU VERMIETEN:

4½-Zimmer-Ferienwohnung in Göschenen. Ideal für Wanderfreunde. Reservierungen und Auskünfte unter **E-Mail: jpryter@gmail.com** oder über obenstehende SD-Marktplatz-Adresse telefonisch oder schriftlich.

4½-Zimmer Hausteil zu vermieten im Bezirk Affoltern (ZH). Zu diesem gemütlichen Haus gehören ein grosser Schopf mit Garage und Waschraum mit V-Zug-Maschinen. Im kleinen Schopf sind Werkzeuge für den grossen Garten mit etlichen Obstbäumchen und Beerensträuchern. **Was fehlt sind SD-Eltern mit 2 bis 3 Kindern.** Auskunft, wo das Haus genau steht, erhalten Sie über die obenstehende SD-Marktplatz-Adresse; dies auch telefonisch oder per E-Mail möglich.

ZU VERKAUFEN:

Schöne Berner Fahne, ca. 4,5 m lang, für Fassade o.ä. Mit Stange und Ausleger. Gut erhalten. Fotos hievon versende ich gerne per E-Mail. Preis Fr. 350.–.
Telefon 079 440 05 60 oder E-Mail: etter_adrian@bluewin.ch

Bio-Knospen Olivenöl und Schweizer Essig von Waldkirch SG, Region Ostschweiz, **Telefon 071 244 72 76** oder thomas-fischer@bluewin.ch

GESUCHT:

Kaufe von privat altes Spielzeug vor 1970: So etwa Eisenbahnen, Flieger, Schiffe, Elastolinsoldaten, Dinky Toys, Teddybären usw. Auch alte Ansichtskarten vor 1950, alte Pfadiabzeichen, Aufnäher etc. von Bulas und Jamborees sowie alte Emailschilder. Region Zürich.
Telefon 079 643 55 64

Gesucht – günstig oder gratis: **Fotos, Ansichtskarten, Prospekte**, mit Abbildungen von Menschen, Objekten, Gebäuden, Landschaften usw. für den Abdruck im «Schweizer Demokrat» (Bebildung von Artikeln). Kontaktadresse: SD-Sekretariat, Postfach 8116, 3001 Bern. Tel. 031 974 20 10, Fax 031 974 20 11
schweizer-demokraten@bluewin.ch

STELLENSUCHE:

Allrounder, 52, (CH/I), sucht Anstellung. Vielseitig einsetzbar. Prüfe alle Angebote. Evtl. Teilzeit oder temporär. Grossraum Aarau. Danke im Voraus!
Telefon 079 384 48 20

REISEN/WANDERN/FREIZEIT:

SD-Pensionierte, die gerne wandern (ganze Schweiz!). Später eventuell Gründung einer Wandergruppe. Wer macht mit? Aus der Region Berner Oberland.
Telefon 033 951 36 74

Reise- und wanderlustige Frau sucht Person/en um die Schweiz mit OeV oder/und zu Fuss besser kennenzulernen. Ich bin im Besitze eines GA, Du/Ihr auch? Meldet Euch bitte für eine Reisebesprechung. Start in Basel.
Telefon 061 421 74 30

SD-Motorrad- und Cabrio-Club Schweiz. Anmeldung und Infos bei: SD-MCC/Schweiz, z.H. Roland Schöni, Postfach 108, 3806 Bönigen, **Telefon 076 355 90 95 oder E-Mail: r.schoeni@sunrise.ch**

BEKANNTSCHAFTEN:

Suche zum Aufbau einer Familie eine liebe Frau (ca. 25–30 Jahre). Ich bin 29 Jahre alt und 1.83 m gross; kurze braun-schwarze Haare. Betriebsangestellter; wohne in Bern. Meine Hobbys: Velofahren, Modelleisenbahn, Politik.
Telefon 079 229 25 03

Berner Bär mit Bart, 184/86, 50 plus, NR/NT, sucht nette Schweizerin, 25/50 mit Freude am Reisen in der Schweiz, Camping, Baden, Sau-

na und Wandern. Bern +100 km. Danke zum Voraus für Ihren Anruf!
Telefon 078 814 51 23

AUSSTELLUNGSHINWEIS:

Im Ausstellung im Landesmuseum Zürich

Aufbruch in die Gegenwart. Die Schweiz in Fotografien 1840–1960

Diese Fotoausstellung in Zusammenarbeit mit der Sammlung der Fondation Herzog im Landesmuseum dokumentiert auf einmalige Weise die Entstehung der modernen Schweiz. Eine Auswahl rarer Fotografien erzählt die Geschichte der Schweiz über ein ganzes Jahrhundert. Von 1840 bis in die Gegenwart wird facettenreich die Entwicklung vom Agrarland zum Dienstleistungsland verbildlicht. Ein Einblick in die Welt des privaten, wie des öffentlichen Lebens, wird hierbei sichtbar gemacht.

Öffnungszeiten

Dienstag – Sonntag, 10 – 17 Uhr; Donnerstag 10 – 19 Uhr/ Feiertage geöffnet. Die Ausstellung dauert bis zum 30. Mai 2010

Eintritt: Erwachsene Fr. 10.–/red. Fr. 8.–; Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre gratis. Gruppenführungen auf Anfrage hin möglich

Info-Telefon 044 218 65 11
Museumsstr. 2, 8001 Zürich

Elektronische JSD-Zeitung

<http://www.volkundheimat.ch>

SD-Facebook-Gruppe

René Kunz-SD-Grossrat AG / Marco Schällmann
«Tiere sind keine Ware»

Eidg. Volksinitiative

Ja zur Hausarztmedizin
www.jzh.ch, Tel. 031 560 00 26

Veranstaltungshinweise der SD-Sektionen



Bezirk Baden und Umgebung: Stamm im Hotel «Winkelried», Landstrasse 36, Wettlingen. Jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr

Fricktal:

Stamm im Rest. «Weisses Rössli» in Eiken. Jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr.



SD Stadt Bern: Höck im Rest. «Bahnhof Süd» in Bümpliz-Süd (Restaurant ist unmittelbar beim Bahnhof). Je-

den letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr.

Berner Oberland:

Höck im Hotel «Milan» in Ringgenberg. Jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr.



Kantonalsektion St. Gallen: Stamm, Donnerstag, 25. März und 29. April in einem Saal des Rest. «Dufour» ab 19.30 Uhr (am östlichen Ende des St. Galler Bahnhofs). Am 24. April HV in Herisau. Einladung folgt!



Luzern-Innerschweiz:

Stamm im Rest. «Listrig» in Emmenbrücke. Jeden 2. Montag im Monat ab 20.00 Uhr.



Winterthur und Umgebung:

Höck im Rest. «Blume», Wülflingerstr. 236. Jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr (bei einem Feiertag eine Woche später).

jsd-nordwestschweiz.ch: Immer am 1. und 3. Montag des Monats, Stamm ab 20 Uhr im Rest. «Rütli», Ger-

berstr. 2 in Liestal. **Standaktion der JSD** am 26. März, nachmittags, in der Rathausstrasse von Liestal. Wir sammeln u.a. Unterschriften für die Eidg. Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen!»

jsd-ostschweiz.ch: Stammtisch, fast jeden Donnerstag (siehe www.jsd.ostschweiz.ch) im Rest. «Löwen» in Tobel (TG), ab 20 Uhr. **Aufräumaktion/Abfallbeseitigung** am 8. Mai in einem Waldstück in der Region Thurgau/St. Gallen. Alles ist organisiert. Wer für Umweltschutz ist, macht mit! Auskunft über unsere E-Mail-Adresse oder Tel. 079 836 90 87

Immer mehr Selbstdarsteller in der SP!

Verschiedene bekannte SP-Genossen machten in letzter Zeit Schlagzeilen – und dies meist ungewollt. Keinem dieser Genossen hat aber das eigene Unvermögen bis heute politisch den Kopf gekostet. Die meisten Medien mussten wohl oder übel über diese «Geschichten» berichten. Allgemein wurde aber alles auf niedrigerer Temperatur «abgehandelt», denn welche Krähe hackt der andern ein Auge aus?

Vor kurzem wurde ganz am Rande vermeldet, dass der Zürcher Nationalrat Andreas Gross und seines Zeichens auch Schweizer Mitglied des Europarates im letzten Jahr 160 000 Franken als Reisespesen (bezahlt der Bund natürlich) in Rechnung gestellt hat. Die andern Schweizer Mitglieder des Europarates begnügten sich mit Spesenabrechnungen in der Höhe von 30 000 bis 40 000 Franken. Herr Gross erklärte dann auch, dass er in diesem Gremium eben spezielle Aufgaben zu erfüllen gehabt hätte. Eigentlich leitet Andreas Gross das «Atelier für Direkte Demokratie» in St. Ursanne (JU) und ist Lehrbeauftragter für «Direkte Demokratie im europäischen Vergleich» an mehreren deutschen Universitäten. **Die Haupttätigkeit des Genossen Gross besteht offensichtlich darin, mittels ausgedehnten Reisen und Abklärungen rund um den Erdball, überall wo nötig, die dortigen Demokratiestandards zu überprüfen und unter anderem auch als Wahlbeobachter zu amten.**

Dies alles ist ja «wunderbar», wenn der «Bund» für die Spesen weiterhin aufkommt und niemand diesem Treiben ein Ende setzt! Der hier Schreibende meint bloss: Es ist einfach, das von andern sauer verdiente Geld auszugeben und sich auf Kosten der Steuerzahler ein sorgenloses, erfülltes Leben zu gönnen. **Wann zieht hier endlich jemand die Notbremse?**

SP-Vizepräsident beging Hausfriedensbruch!

Der 24-jährige **Juso-Chef Cédric Wermuth** wurde kürzlich wegen der Besetzung zweier stillgelegter Badener Hotels – zusammen mit einigen Partei- und Gesinnungsgenossen – zu einer bedingten Geldstrafe von 20 Tagessätzen und einer Busse von 300 Franken verurteilt. Offensichtlich weiss der Student nicht (was und wann studiert er denn, wenn er sich dauernd an politischen Aktionen beteiligt?), was der **Unterschied von «Mein» und «Dein»** ist. Die verhängte

Strafe – die von den «Verurteilten» gar noch weitergezogen werden könnte – ist ja eigentlich lächerlich. Ein zu schnelles Fahren mit dem Auto kostet ja schon meist mehr! Bei solchen Pseudo-Urteilen werden Nachahmer richtiggehend «gezüchtet». In der SP selbst hat diese «Verurteilung» – wie zu erwarten – zu wenig Besorgnis geführt...

Boris Bangas Probleme an der Heimatfront

Da gibt es in Grenchen ein Internetportal, in welchem nicht nur Freundlichkeiten ausgetauscht wurden. Vielleicht geht es nunmehr darin etwas zivilisierter zu und her, da sich jemand die Finger auf den PC-Tasten richtiggehend verbrannt hat. Sehr beleidigende Stellungnahmen stammten – oh siehe da – aus dem Computer des Grenchner Stadtpräsidenten und ehemaligen SP-Nationalrates **Boris Banga**. Auch der kürzlich als Solothurner Vertreter in den Ständerat gewählte ehemalige und vor wenigen Jahren abgewählte Regierungsrat (aufgrund der angeblichen Verwicklungen mit und um die gemeinnützige Stiftung Pro Facile), aber sonst gradlinige Roberto Zanetti, bekam hierbei von einer blonden Genossin einen «Schuss vor den Bug». Das Ganze gleicht einer Geschichte, die eigentlich ideal zum 1. April passen würde. Nein, Boris Banga hat mit diesen schriftlich abgefassten beleidigenden Kommentaren nichts zu tun, fast nichts! **Seine Ehefrau Barbara war die «Poetin»!** Sie wollte – nach eigenen Aussagen –



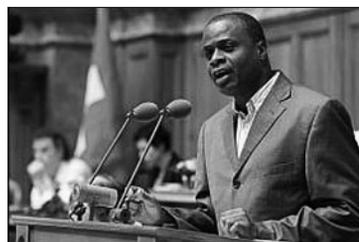
Die Bangas: Politik lässt nicht nur den Blutdruck hochschmelzen!

damit ihrem oft zu Unrecht angeschossenen Ehemann Boris doch nur etwas Beistand leisten. **Dieses Handeln gleicht aber nur wenig einer Frau Winkelried, die sich zugunsten ihrer Mitstreiter in die Speere der Feinde geworfen hat, eher denn einer beschränkten Sicht der Dinge!** Barbara Banga hat sich inzwischen für ihre «Stellungnahmen» entschuldigt. Musste wohl! Es ist nun nicht auszuschliessen, dass diese Genossin (im damals «richtig» kommunisti-

schen China unter Mao bezichtigten sich reihenweise führende Genossen selbst der eigenen Schwächen und Untaten, um so wieder Polit-Karriere machen zu können!) demnächst im Kanton Solothurn als SP-Kantonalpräsidentin kandidieren wird. Nichts ist mehr unmöglich in dieser ehemaligen Arbeiterpartei!

Vom Asylbewerber zum Nationalrat

Ricardo Lumengo ist ebenfalls eine SP-Spitzenkraft. In den 80er-Jahren als «verfolgter» Student aus Angola in die Schweiz «geflüchtet», machte er in eben dieser (ehemaligen) Arbeiterpartei namens SP eine Blitzkarriere.



Was vertritt Nationalrat Lumengo eigentlich? Gerechtigkeit und Wahrheit?

Herrscht in dieser Partei denn Personalangel? Heute nennt sich der multikulturelle «Neuschweizer» (davon gibt es selbstverständlich auch wirkliche Vorzeige-Exemplare!) Jurist und Nationalrat. Kann denn jemand bestätigen, dass Ricardo Lumengo promovierter Jurist ist? Vorlesungen an der Universität Fribourg hatte er jedenfalls besucht. Er ist – neben seiner Aktivität als Volksvertreter im Bundeshaus – im Bieler interkulturellen Begegnungszentrum «Multimondo» und in der Gewerkschaft als Berater tätig. Herr Lumengo hat Dutzenden von eingebürgerten Ausländern – die offensichtlich nicht lesen können(?) beim Ausfüllen des NR-Wahlzettels

(vormals dasselbe auch mal bei den Grossratswahlen!) ein bisschen geholfen – da diese damit überfordert gewesen seien. **Ist Herr Lumengo deshalb nicht eigentlich ein richtiger Samariter?**

Hat er hierbei «nur» seinen Namen jeweils 2 x auf die Wahlliste gesetzt? Oder hat er vorgeschlagen, die SP-Liste (mit seinem 2fach aufnotierten Namen drauf) zu verwenden? Hat er das Wahlkuvert gleich mitgenommen und zuhause alles selbst ausgefüllt? **Die SP-Obernen nehmen dies alles sehr gelassen – vorderhand jedenfalls noch!** Ob solche Machenschaften den SP-Genossen insgesamt bei den kommenden Wahlen von Vorteil sein werden – ist zu bezweifeln. Die Sozialdemokratische Partei (SP) ist doch für die «Gleichheit» der Bürger (und der übrigen Menschenkinder) oder anders gesagt, für das Prinzip – «one man – one vote!» Bei Ricardo Lumengo ist dies alles jedoch anders! Er wollte ja nur (vorab sich) «helfen». Oder will er sich mit seiner angeblichen Hilfsbereitschaft nur aus dem Schlamm rausreden, wobei er immer nur das zugibt, was man ihm auch nachweisen kann? Ricardo Lumengo versucht sich überdies auch noch als Opfer darzustellen. Über 100 E-Mails hätte er von Rassisten erhalten (und diese gleich wieder gelöscht). Warum denn nicht gleich Anzeige erstatten gegen diese bösen Buben? Ich frage mich, ob er denn nicht auch mit E-Mails von besorgten und fassungslosen Mitbürgern eingedeckt worden ist? Da Ricardo Lumengo vorderhand als Nationalrat nicht zurücktreten will, **muss die SP (als Ziehvater Lumengos) bei Wahlen abgestraft werden** (und bitte geschätzte Wahlaufsichtsbehörden: In Zukunft sind Unregelmässigkeiten bei Wahlen ganz auszuschliessen!).

Markus Borner

Bundesbern verwöhnt Ausländer in der Schweiz und lässt Schweizer im Ausland im Stich

Ein Schweizer gründet in den USA eine Existenz. Plötzlich wird er von Wirtschaftskriminellen und korrupter Polizei bedroht, diffamiert, ausgeplündert und in den Konkurs getrieben. Weder US-Instanzen noch Schweizer Diplomaten gewähren ihm Rechtsschutz. Gesundheitlich angeschlagen und bankrott muss er am Ende das Land verlassen. Diese beeidigte, wahre Erzählung pointiert die bizarre Rechtsunsicherheit für Ausländer in Amerika.

Harry Burger, «**Im Schatten der US-Mafia**» – 164 Seiten, www.bod.de – ISBN 9783833436765



**Multikulturell = Multikriminell**

Frecher geht's wohl nicht mehr!



Alle Artikel von
Dr. Dragan
Najman,
Grossrat, Baden

Vergewaltiger aus Gambia verlangt Genugtuung

Das Zürcher Obergericht musste im April letzten Jahres einen Mann aus Gambia freisprechen, nicht etwa wegen erwiesener oder vermuteter Unschuld, sondern weil sein Opfer, das er mitten in der Stadt Zürich auf offener Strasse zwei Mal hintereinander vergewaltigt hatte, ein Jahr nach der Anzeige Selbstmord begangen hatte. Der Freispruch erfolgte, weil das Opfer nicht mehr formell als Zeugin vernommen werden konnte. Dass der Gambier schuldig war, konnte anhand von DNA-Analysen bewiesen werden, allerdings erst Jahre nach dem Selbstmord des Opfers. 2008 hatte das Bezirksgericht Zürich den Gambier zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt. Wie nicht anders zu erwarten, ging der Prozess bis vors Bundesgericht und wieder zurück ans Zürcher Obergericht. Jetzt machte dieser Vergewaltiger, pardon ich meine natürlich der «mutmassliche» Vergewaltiger, geltend, er sei bei seinem ersten Verfahren durch die Berichterstattung gewisser Medien in seiner Persönlichkeit verletzt worden und verlangte Genugtuung. Wirklich unverschämter und dreister geht es wirklich nicht mehr!

Das Obergericht Zürich wies nun die eingeklagte Verletzung zurück. Wollen wir wetten, dass der Gambier auch diesen Entscheid bis vors Bundesgericht ziehen wird? Ich stelle mir die Frage, woher dieser wahrscheinliche Asylforderer das Geld für alle diese Gerichtsverfahren nimmt? Ich gehe wohl kaum fehl in der Annahme, dass irgendwelche sattem bekannte «Hilfswerke» die Kosten übernehmen; oder müssen womöglich die Steuerzahler für diese Kosten, die wohl in die zehntausende von Franken gehen, aufkommen? Oder ist die Erklärung noch einfacher: Durch Drogenhandel?

Mord für die Familienehre

In Deutschland wurde ein Kurde zu lebenslanger Haft verurteilt. Er war der Vater einer 20-Jährigen, die von ihrem Drillingsbruder auf brutalste Art ermordet worden war. Ihren Schädel hatte der Täter mit Ästen bis zur Unkenntlichkeit zerkümmert. Der Vater hatte den Mord in Auftrag gegeben, weil die Tochter eine Liebesbeziehung zu einem Albaner hatte und sich weigerte, gegen ihren Willen, mit einem andern Mann verheiratet zu werden. Der Täter selber erhielt bloss 9½ Jahre, ein weiterer Helfer beim brutalen Mord 7½ Jahre Gefängnis. Und hier noch einige pikante Details: Der Vater war vor 15 Jahren mit Frau und sechs Kindern (darunter die Drillinge) nach Deutschland gekommen. Nachdem sich die Mutter das Leben genommen hatte (kein Wunder bei einem solchen Ehegatten), heiratete der Vater ein weiteres Mal und «bescherte» seiner neuen Frau fünf weitere Kinder!

Bemerkung: Da können wir von Glück sprechen, dass dieser Fall in Deutschland passiert ist. In der Schweiz wäre es mit Sicherheit Jahre und Jahrzehnte gegangen, bis dieser Mord abgeurteilt worden wäre (und nicht nur zehn Monate) und die Täter bzw. der auftraggebende Vater hätte mit Sicherheit weit tiefere Strafen erhalten. Aus «humanitären» Gründen werden solche Verbrecher in der Schweiz jeweils mit Samthandschuhen angefasst. Warum denn?

Frankreich will seine Identität bewahren

Frankreich kennt einen Minister für Einwanderung. Dieser heisst aber bezeichnender Weise «Minister für Einwanderung und Nationale Identität». Das ist ein klarer Hinweis darauf, dass die Franzosen die Masseneinwanderung in ihr Land nicht einfach mehr so hinnehmen wollen, sondern ihre Identität bewahren wollen. Die Schweiz, welche prozentual zu ihrer Bevölkerung ca. 3 Mal mehr Ausländer als Frankreich hat, würde dringend einen ähnlichen «Chefbeamten» in Bern benötigen. **Leider wird das ein Wunschtraum bleiben!**

Seltene Ausrede eines Kosovaren!

AZ, 20.2.2010: Auf der Kantonsstrasse Villmergen-Dintikon (AG) wurde um 22.30 Uhr ein BMW mit 144 km/h statt der erlaubten 80 km/h angehalten. Die Ausrede des Kosovaren: Er habe beim Tankstellenshop einen Nuggi posten wollen. Hat dieser Mann keine sehr grosse Meinung von den geistigen Fähigkeiten unserer Polizei und Gerichten – oder ist er nur besonders raffiniert? Wie dem auch sei, als Strafmilderungsgrund vor Gericht wird es womöglich helfen!

Auch die Aargauer Zeitung merkt es langsam

Unter dem Titel «In Helvetias Küche gärt es» veröffentlichte der Journalist Werner de Schepper einen Text, in welchem er zur Annahme der Minarett-Verbot-Initiative aufrief und unter anderem wörtlich Folgendes feststellte: «Das Volk hat damit weltweit eine wichtige Diskussion über Religion, Integration und Demokratie ausgelöst. Das war nötig. Denn wenn es brodelt, muss man rechtzeitig den Deckel «lüpfen» und schauen, was los ist» (Zitatende). Und weiter unten schreibt de Schepper: «Es gärt, wenn wegen der Zuwanderung die Mieten steigen, einige wenige profitieren und niemand den Markt mit günstigem Wohnraum ventilert. Ja, es gärt an vielen Stellen im Land. Zum Beispiel in den Schulen, wo das Sprachbaby-

lon immer grösser wird, aber die Klassen nicht kleiner werden. Ja, es gärt, wenn Jugendliche jahrelang arbeitslos bleiben, Väter ihren Job verlieren und andere im Job verbrennen.»

Journalisten dürfen in einer gewissen Bandbreite über die Realitäten in der Gesellschaft schreiben, wenn sie nur wollen. Diese Einsicht kommt, wenn auch etwas spät! Genau genommen über 40 Jahre zu spät! Seit der Schwarzenbach-Initiative 1970 war die NA/SD nämlich ein Todfeind vieler Journalisten. Nicht umsonst wurde das Badener Tagblatt als «His Masters Voice» (auf Deutsch «Die Stimme seines Herrn») genannt, weil man nichts schreiben durfte, was der seinerzeitigen BBC (heute ABB) nicht in den Kram passte. Die BBC hatte ja in den 70/80er-Jahren des vorigen Jahrhunderts bedeutend mehr Arbeitskräfte, als Baden Einwohner hatte. Leider ist aber sehr zu befürchten, dass obige Einsicht des Journalisten nicht lange andauern, bzw. eine einsame Eintagsfliege bleiben wird.

Aufgepasst!

Der «Schweizer Demokrat» gehört nach dem Lesen nicht ins Altpapier. Bitte die Zeitung an Freunde und Bekannte weitergeben oder an einem belebten Ort (Restaurant, Wartsaal, usw.) mit dem Zeitungsnamen nach oben liegen lassen... für den nächsten interessierten Leser!

Minarette und Libyen-Krise

Nun – die Schweizer Botschaft in Libyen zwar nicht gestürmt – schmachtet unser Landsmann Max Göldi, gefangen in der Wüste. Man fürchtet, er werde gefoltert. Bei uns ist das Echo der Minarett-Abstimmung verhallt. Die Libyen-Affäre überschattet alles. Unsere Bundesräte wurden samt und sonders zum Narren gehalten. Libyens Diktator rächt sich für die kurze Verhaftung seines Sohnes Hannibal. Allein schon dessen Name ist Programm! Der karthagische Feldherr Hannibal (geboren 247 n. Chr.) war schon der Schrecken Roms – und damit Europas – gewesen. Überliefert ist der Schreckensruf der Römer «Hannibal ante portas». Nach verlorener Schlacht vergiftete er sich. Für einmal war die tödliche Bedrohung Europas abgewendet. Doch mit der kriegerischen Unterwerfung Nordafrikas durch den «Propheten», die Zerschlagung Ostroms, die Besetzung der iberischen Halbinsel überflutete



eine weitere, bedrohliche Welle unseren Kontinent. Die wievielte sich gegenwärtig abspielt, mögen Geschichtsschreiber später darlegen. Auf alle Fälle ist die heutige Naivität erschreckend. Mir schrieb der Kirchenratspräsident einer Kantonalkirche, es hätten nur «30 Prozent der Schweizer einem Minarettverbot zugestimmt». Würde heute darüber abgestimmt, wären es zweifellos erheblich mehr. Wir stehen – wie es im Fernsehen gesagt wird – «mitten drin». Hoffen wir wenigstens, dass Max Göldi nach vier Monaten Geiselhafteit heimkehren kann. Bei aller gebotenen Zurückhaltung: unsere Bundesräte/Bundesrätinnen sind Leisetreter, die Kirchenvertreter auf ihrem Gebiet nicht minder!

Robert Berner, Rheinfelden



Le MCR est né!

Le Mouvement Citoyen Romand (MCR) vient de se former avec la création de deux mouvements dans les cantons de Vaud et Neuchâtel. Avec le MCG qui représente la 2e force politique du canton de Genève, le MCR compte trois sections cantonales. D'autres militants sont en train de donner naissance à des mouvements ailleurs en Suisse romande, notamment à Fribourg, dans le Jura et dans le Valais. Le MCR fera une prochaine annonce sur ces sections cantonales d'ici au mois de mai.

Le président du MCVD (Mouvement citoyen vaudois) s'appelle Jonathan Newton, son homologue du MCNE (Mouvement Citoyen Neuchâtelois) est David L'Epée. La présidence du MCR par intérim revient à Eric Stauffer, président du Mouvement Citoyen Genevois (MCG).

Depuis le 11 octobre et l'incroyable



victoire du MCG à Genève, qui a recueilli 17 députés sur 100 au Grand Conseil, des appels d'encouragement sont parvenus de toute la Suisse romande et même de toute l'Europe. Un important besoin de changement est réclamé par les Citoyennes et Citoyens de Suisse romande.

Les vieux appareils politiques ne peuvent plus donner les bonnes réponses aux problèmes d'aujourd'hui. Il est temps de quitter les conflits stériles pour s'intéresser aux vrais enjeux et à la vie des habitants de nos cantons.



MCR et DS: Défendre les Citoyens romands oubliés par Berne.

Le programme du MCR s'inscrit dans la ligne initiée par le MCG:

- Rendre le pouvoir aux Citoyens, qui sont oubliés par les partis traditionnels.
- Se placer hors des clivages politiques traditionnels gauche-droite, qui ont fait faillite.
- Défendre la proximité menacée par des machines mondialisées et bureaucratiques qui écrasent les

Citoyens (Union européenne notamment).

- Préférer la cohésion sociale à une mondialisation mal maîtrisée.
- Défendre les Citoyennes et Citoyens romands oubliés par Berne.

François Baertschi
Secrétaire général du MCG

Site internet: www.mouvement-citoyens-romand.ch

Une bouffée d'espoir

Enfin l'omerta sur l'excision commence à se déliter dans la presse quotidienne. Jusqu'à présent, seul l'UNICEF et les défenseurs de l'intégrité féminine dès l'enfance, faisaient un gros travail d'information en Afrique où l'on compte encore 130 millions de fillettes excisées dans des conditions épouvantables, et sous le manteau en Occident, dont 2000 en Suisse et 1500 rien qu'à Genève!

Mais essayer de convaincre des millions de femmes mutilées sous prétexte religieux ou ancestral, est une tâche immense s'il n'y a pas dans le même temps, des mesures de répression, emprisonnement, stigmatisation des exciseuses et dédommagements de la part de parents indignes. Ils ne le sont pas dans leur pays, mais infliger l'excision à leurs enfants aînés habitent et travaillent chez nous, c'est un crime devant être jugé. La Suisse a déjà mis en place un article de loi qui permet l'arrestation et l'emprisonnement de parents indignes, mais cela est insuffisant, il faut ajouter un article dans la charte des Droits humains, qui proscribit toute atteinte à l'intégrité féminine. Quelques pays africains ont inclus dans leur législation cette interdiction,

mais contre les croyances obscurantistes qui taraudent les esprits de ces populations habituées depuis des âges à priver la femme et pas l'homme du plaisir sexuel engendrant de tragiques déséquilibres moraux et physiques, conduisant souvent à la mort, la lutte est terrifiante et peut durer des décennies de souffrances. Jean Dominique Lormand de l'Office de la jeunesse, au lieu d'exiger des mesures concrètes et strictes, dit particulièrement qu'il ne faut pas stigmatiser certaines communautés. Quel manque de respect vis-à-vis des victimes et quel manque de courage pour éviter la prolongation d'une telle infamie! Heureusement que Maria Roth-Bernasconi est intervenue auprès de Mme Widmer Schlumpf en charge du département de Justice et Police pour qu'elle refuse le droit d'asile à tous ceux qui auront commis ces actes délictueux considérés comme de la maltraitance punissable en Suisse. Je voudrais profiter de cet article pour demander aussi l'interdiction des mariages forcés entre adultes et fillettes impubères, un acte devant être considéré comme de la pédophilie.

Maria de Seimners

Freinons l'explosion de la criminalité!

Le MCG propose d'acheter une prison en Valais!

Le MCG vient de déposer une motion au Grand Conseil genevois, pour étudier l'acquisition de la prison préventive de Martigny par l'Etat de Genève, ou sa location. Nous avons appris que cette institution carcérale devrait fermer ses portes.

Actuellement, la prison préventive genevoise de Champ-Dollon est victime de surcharge et nos autorités hésitent à affronter la délinquance, par manque de lieu d'accueil pour les dealers et autres délinquants. Cela démontre les graves carences du système genevois, puisque gouverner c'est prévoir. Et personne n'a prévu la situation actuelle.

Le MCG, minoritaire, se bat contre l'ouverture des frontières aux criminels et contre l'internationale des voyous. Mais nous agissons également pour attaquer sérieusement la délinquance avec la plus grande fermeté.

Pour donner à Genève les moyens nécessaires, la prison de Martigny est une solution idéale. Il ne faudra pas attendre 5 à 10 ans avant que l'on ne finisse de construire, enfin,

un nouveau bâtiment à Genève pour la détention préventive. Dans ce cas, nous pouvons immédiatement la faire fonctionner.

Actuellement, des détenus d'autres cantons – Vaud, Fribourg, Neuchâtel – sont dirigés vers Martigny. Cette solution ne devrait donc pas causer de problèmes fondamentaux. Quant aux détenus, l'air du Valais ne leur fera que du bien et on pourra ainsi réduire la surpopulation carcérale par cette nouvelle structure.

La présente motion sera débattue jeudi 28 janvier en séance plénière du Grand Conseil.

C'est aussi exprimer une volonté de lutte contre la criminalité, une volonté particulièrement forte dans notre système suisse.

Pour le MCG, toutes les pistes doivent être suivies afin de venir à bout de la criminalité qui gangrène les quartiers de Genève.

Eric Stauffer, président du MCG;
Roger Golay, vice-président du
Mouvement Citoyens Genevois;
www.mcge.ch

La Cour des comptes a été saisie ce jour!

Le MCG dénonce le dumping salarial de l'Etat de Genève

Le chômage se développe dans toute l'Europe. Profitant de cette détresse, l'Etat de Genève engage des employés sous-payés en se servant de l'appellation trompeuse d'«emploi formation», quand bien même cette main d'œuvre docile fournit un travail à plein temps! Le Mouvement Citoyens Genevois (MCG) interroge le Conseil d'Etat sur ces pratiques inacceptables, en déposant 5 interpellations urgentes écrites (IUE). Il a également informé la Cour des comptes de ce grave dysfonctionnement.

Le MCG s'interroge. Pourquoi l'Etat profite-t-il de ce personnel obtenu à bon compte, d'une manière contraire à l'éthique et au minimum que l'on peut attendre de nos institutions.

Est-ce à dire que le Gouvernement a créé une nouvelle forme d'exploitation de la main-d'œuvre locale en appliquant ce qu'il est censé combattre: le dumping salarial! Nous réclamons des réponses claires afin d'éviter que l'Etat ne profite de ces nouveaux esclaves. Le cas d'une surveillante au centre de dé-

tention pour mineurs de la Clairière est ainsi particulièrement révoltant, parce que cela démontre un cas flagrant de dumping salarial. Il faut une clarification dans le domaine de l'administration cantonale, des établissements autonomes mais aussi du monde associatif. En effet, des associations subventionnées sont également concernées par ce nouveau dumping. Nous apprenons ainsi qu'une association, «Attraction», subventionnée à 100% et profitant largement de ces «emplois spéciaux» financés par l'argent public a engagé une responsable des ressources humaines qui est... frontalière.

Rappelons que la Fondation des parkings vient d'embaucher 23 col-

laborateurs sur 43 pour coller des amendes; dans le secteur non médical des HUG, sur 2477 personnes, 406 sont frontaliers et sur ces 406, 63 occupent des fonctions stratégiques d'encadrement. Les frontaliers occupent maintenant des postes stratégiques dans l'administration cantonale. Ce sont quelques exemples qui démontrent une dangereuse dérive!

Nous ne pouvons tolérer que des employés sous-payés exercent des postes à plein temps, sous l'appellation trompeuse d'«emplois formation». Ce scandale qui gangrène la population genevoise doit cesser.

*Eric Stauffer, président du MCG
François Baertschi,
secrétaire général du MCG*

Et si nous faisons le point?

Les Français remettent ça

Alors qu'en Suisse et en Belgique, et je crois partiellement aux Pays Bas, l'euthanasie n'est plus un sujet tabou, et que les législateurs ont pris conscience de leur devoir d'aider ceux qui souffrent le plus en acceptant de dépénaliser les gestes de pure compassion qui sauvent un être cher ou même un simple voisin d'un enfer de douleur, les Français en plein marasme de remise en question de leur système juridique, persistent et signent un principe qui est l'apanage de l'obscurantisme, l'interdiction de mourir dans la dignité. On dirait que cela leur plaît de continuer à jouer aux inquisiteurs du moyen âge qui brûlaient les individus sortant de l'ordinaire, ceux qui présentaient les catastrophes découlant de l'égoïsme et de la bêtise humaine, et voulaient éviter ce qui arrive aujourd'hui sur la Planète Terre.

Confinés dans le carcan des peurs distillées par l'église primitive vouant aux Gémonies les fidèles échappant à leur influence, les élus se délectent de jouer aux valets obéissant à une puissance divine aussi virtuelle que leurs jeux vidéos.

Les grabataires, les mourants, les victimes mortes-vivantes, les accidentés irrécupérables ou les vieillards fatigués de la vie, peuvent

continuer à crever lentement pour d'illusoires promesses de paradis qui interdisent tout allègement physique ou moral.

Les Français se complaisent dans leur certitude qu'il est plus normal de donner le prix Nobel à une Mme Veil instigatrice de l'avortement tout en lui ouvrant les portes de l'Académie des Immortels, et de distribuer des médailles et la croix de guerre aux soldats vivants revenus souvent estropiés de pays mis à feu et à sang. D'un côté ils emprisonnent les humains qui n'aspirent qu'à quitter ce monde, et de l'autre ils envoient au casse-pipe des jeunes gens sains qui ne désirent pas le quitter ou des embryons n'ayant pas droit au chapitre. Pauvre France et malheureux citoyens qui choisissent mal les responsables de leur bien-être bafoué.

Le ballet des chaises musicales

Trois nanas et quatre mecs issus des rangs de la population suisse dansent au son d'un orchestre qui s'appelle Concordance, la haut au Palais fédéral. Comme leurs convictions personnelles peuvent, par la grâce des urnes, s'imposer à tout le pays composés d'entités disparates, ils ont instauré le système du lissage politique consistant à éviter un couac musical déchirant les oreilles. Mais on doit supporter de

plus en plus leurs diètes et surtout leurs bémols lorsqu'ils s'amuse au jeu des chaises musicales. Ces dames ne récoltent que les chaises laissées vides par leurs collègues masculins qui s'octroient les meilleurs sièges. Grâce à la sacrosainte concordance, cette cacophonie cache l'incapacité de chacun des musiciens à obtenir de bons résultats, le morceau final manquant de saveur, de pep et de véritables changements. Tout reste donc neutre, gris, insipide, donc digeste pour la plupart des auditeurs disparates, allogènes et tellement désorientés par tant d'incohérentes explications, qu'ils restent avachis et désemparés devant tant d'incroyables turpitudes habilement masquées. Avancez, Messieurs, Dames, l'orchestre Concordance est en place pour vous persuader que la partition Union européenne Dintée de Ravel, est meilleure que celle des jodleurs helvétiques émaillée de notes à la Honnegger et que les compositions wagnériennes ou les airs de la Traviata sont la panacée chapeautant les OMC, Droits humains, OTAN ou même l'OCDE.

Pendant ce temps

L'Amazonie perd chaque jour un coin de sa forêt et déjà 12 000 km² sont partis cette dernière année sous l'attaque des tronçonneuses pour faire place à des terres arables produisant grâce aux produits agricoles, de l'éthanol polluant, privant les populations mondiales de nourriture. Poumons de verdure et famine sont en train de ruiner l'équilibre planétaire, alors que les déchets débordant des poubelles asphyxient les mers et notre environnement.

Dans nos rues de faux muets roumains font la manche et encaissent des milliers de francs frauduleusement acquis, en présentant de faux

documents de la Fédération des sourds muets indignée mais dans l'incapacité de stopper cette arnaque. Des dizaines de voitures sont fracturées par des SDF originaires de l'Est et du Maghreb. De plus en plus de femmes slaves venant de Croatie, de Bosnie, de Macédoine, de Géorgie, de Roumanie volent montres, bijoux, parfums, toilettes diverses. Ces malfrats se font arrêter, ils rendent les objets du litige, paient des amendes légères, et nos prisons débordant de cas quotidiens, les vomissent dans nos rues puisque les frontières n'existant plus, ils sont chez eux, chez nous.

Charlotte Morel

Elections cantonales



**28 mars 2010,
Bienne:
Liste 12**

**Courage Berne!
Liste 12**



Le sauvetage de notre patrimoine



Comité de la section vaudoise élu le 13 février 2010

Président: Ted Robert (Gurtner Robert, Chailly/Montreux)
Vice-présidente: Mme Menétray Iris, Pully
Secrétaire: Dupont Bruno, Lausanne
Trésorier: Jacot Guillardmod Blaise, Domdidier
Déléguée au comité central: Mme Iris Menétray

Leserbriefe**Schweizer Elite trifft sich geheim**

Die Aussagen von Herrn Vasella sollten uns hellhörig werden lassen. Offenbart er uns da etwa, wer die Regierenden hinter den Politikern sind? Nestlé drohte der Schweiz schon mehrmals mit einem Standortwechsel; jetzt also auch Novartis! Am 18. Januar haben sich die Bosse der wichtigsten Firmen und Banken, sowie etliche hohe Politiker im Rive-Reine, dem Nestlé-Zentrum, unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen. (10 vor 10 berichtete darüber). Warum trifft sich die Elite hinter verschlossenen Türen?

Was wird dort geredet und beschlossen, was wir als Bürger nicht wissen dürfen? Ist es vielleicht deshalb, weil man uns unwissend halten will und wir nicht erfahren sollen, wer im Hintergrund regiert und was für menschenverachtende Pläne geschmiedet werden? Solche geheime Treffen im Kreise der Elite finden nicht nur in unserem

Land statt, auch international, so zum Beispiel das Bilderberger Treffen, wo finanzielle Schwergewichte wie David Rockefeller oder Ex-US-Aussenminister Henry A. Kissinger usw. teilnehmen. Herr Vasella hat übrigens auch schon daran teilgenommen.

Sie vergessen bei all dem «Böse-Pläne-schmieden», wer wirklich der Regierende ist. Sie machen die Rechnung ohne den Wirt, denn Gott wird sie zur Rechenschaft ziehen! Aber Lügen haben bekanntlich kurze Beine und darum werden es in Kürze die Spatzen von den Dächern pfeifen und es wird dem Hintersten und Letzten bekannt sein, was alles hinter unserem Rücken entschieden wurde.

Martin Bracher, Blauen

(Vgl. auch Artikel zum Besuch Christoph Blochers der Bilderberger Konferenz auf Seite 5 in dieser Ausgabe.)

Kooperation mit Hehlern = Image-Schaden für Deutschland!

Der Kauf von illegal heruntergeladen und kopierten Bankkundendaten geschieht ganz klar OHNE Rechtsgrundlage. Unterstützung von Hehlerei ist sowohl für Bürger als auch für Regierungsmitglieder ein Straftatbestand und Offizialdelikt. Bei einem solchen «Geschäft» besteht die akute Gefahr, dass diese Methode Nachahmer hervorbringt, weil die Kriminellen sich mit ihrem Handeln Erfolg versprechen dürfen.

Zur erweiterten Absurdität könnte es soweit kommen, dass versucht wird, aus der Luft gegriffene Bankkundendaten als «echt» zu «verhökern». Unsere deutschen Nachbarn verlieren dadurch jeglichen Respekt und machen sich vor allem ungläubig und lächerlich, wenn sie sich mit Datendieben ins gleiche Boot setzen.

Deutschland ist in Euro-Billionenhöhe verschuldet. Trotzdem entsendet die deutsche Regierung noch zusätzlich 500 Soldaten in den Afghanistan-Einsatz, welcher bis 2014 mit insgesamt 5000 deutschen Soldaten noch vier Jahre dauern soll und Hunderte Millionen Euro deutsche Steuergelder in den Sand setzt.

Wenn ein mittleres Einkommen in Deutschland mit fast 50 Prozent besteuert wird, so schadet dies der eigenen Wirtschaft am meisten; die

Leute können weniger kaufen.

Das Problem Deutschlands mit seiner enormen Verschuldung – wegen der horrenden Zahlungen an die EU – kann NICHT durch den illegalen Kauf dieser Bankkundendaten beseitigt werden; es wird dadurch vielmehr versucht, Sündenböcke für die groben Fehler der Regierungen der vergangenen Jahrzehnte zu präsentieren.

Hände weg von gestohlenen Bankkundendaten!

Den totalitären Überwachungsstaat Deutschland, welcher seine Bürgerinnen und Bürger streng observiert, hatten wir zurzeit der beiden Weltkriege des vergangenen Jahrhunderts schon einmal, und bis vor Kurzem im Kapitel «DDR».

Banken arbeiten mit den ihnen anvertrauten Geldern und generieren Arbeitsplätze. Wenn Kunden kein Vertrauen haben und die Privatsphäre nicht mehr gewährleistet ist, ziehen sie sich zurück; dies schadet jedoch dem Werkplatz des betroffenen Landes erheblich.

Das Bankkundengeheimnis, welches im Jahre 1934 ins Schweizerische Bankengesetz aufgenommen wurde, hatte unter anderem den Zweck, die vom deutschen Staat schamlos verfolgten Juden vor Ausplünderung zu schützen.

Heute, so scheint es, passiert wieder Ähnliches: Die deutsche Regierung versucht hilflos, ihr hausgemachtes Billionendefizit mit Hilfe einiger hundert Millionen Euro zu tilgen, und zeigt – gewissermassen als Alibi-Übung – mit den Fingern auf die sogenannten «Steuersünder». Solange sich Deutschland dem Steuerwettbewerb um Pau-

schalbesteuerungen für Reiche und Prominente verschliesst, werden diese weiterhin scharenweise wegziehen...

Wenn die von der Schweiz angebotene anonyme Abgeltungssteuer auf Zinserträge einfach abgelehnt wird, so wirkt das für uns Schweizer arrogant und unfair!

Marcus Stoercklé jun., Basel

Rezept gegen deutsche Unverschämtheit!

Zum Repertoire des «Rechtsstaates» Deutschland im Kampf gegen unser Land gehören offensichtlich auch Geschäfte mit Kriminellen, darunter der Kauf gestohlener Daten. Die von unserem nördlichen Nachbarn verfügte Einschränkung der Normalanflüge auf den Flughafen Zürich verletzt die von Deutschland ratifizierten Luftfahrtsabkommen von Chicago und dasjenige der Schweiz mit der EU. Diese Abkommen und das Doppelbesteuerungsabkommen mit der Schweiz hat Deutschland gebrochen. Wenn wir das einfach so akzeptieren, werden uns die Deutschen auf immer aggressivere Weise in die Mangel nehmen. Schützenhilfe erhalten sie dabei sogar aus unserem Land: Von Parteigenossen, deren Kaderleute zwar mehrheitlich Staatsposten bekleiden, vom Staat entlohnt werden und sich in Konfliktsituationen prinzipiell auf die Seite unserer Gegner stellen. Trotzdem drängen sich beispielsweise folgende Massnahmen auf: Bundesrat Merz wird die Befugnis entzogen, mit dem Ausland zu verhandeln, zu oft hat

er sich und unser Land der Lächerlichkeit preisgegeben. Die Anzahl deutscher LKW, die unser Land durchqueren, ist proportional zu den von Deutschland verfügten Einschränkungen (Südanflüge) zu senken. Der geplante Besuch des deutschen Bundespräsidenten ist wegen «politischer Verstimmung» abzusagen. Die neuen Kampfjets sowie später die Hochgeschwindigkeitszüge werden nicht in Deutschland beschafft.

Verhandlungen über ein neues Doppelbesteuerungsabkommen werden sistiert, denn Verhandlungen mit einem mehrmals vertragsbrüchig gewordenen «Partner» sind nicht sinnvoll. Da wäre noch der Austritt aus gewissen internationalen Organisationen, in denen Deutschland Mitglied ist. Besonders aus Organisationen, die uns ausser Kosten nichts bringen oder deren Mitglieder mit unseren Gegnern gegen uns agieren. Bestimmt würden diese Massnahmen nicht nur die deutsche Regierung zum Nachdenken zwingen!

Otto Weiersmüller, Uetikon

Harmloser Titel für Verbrecher

Aargauer Zeitung, 19. Februar 2010: Der Titel lautete «**Kleiderdieb fuhr mit Preisschildern an Kleidern Zug**». Der Beginn dieser Berichterstattung tönt recht harmlos, bzw. amüsant. Es wird geschildert, wie ein Mongole mit Preisschildern an den neuen Kleidern von Grenzwächtern im Intercity Bern-Zürich angehalten wurde. Nicht mehr ganz so harmlos ist jedoch der Rest des Artikels. Der Mann trug ein Gerät auf sich, mit dem sich die Diebstahlsicherung in Geschäften entschärfen lässt! Allein das zeugt schon von einer grösseren kriminellen Energie des Mannes, der sich wahrscheinlich in der Schweiz als Asylbewerber ein schönes Leben leistet. Was folgte, war auch nicht mehr so harmlos.

Die AZ wörtlich: «Die Kontrolle liess der mutmassliche Dieb nicht so einfach über sich ergehen: Er griff die Grenzwächter an, verletzte aber niemanden.» Da kann man nur sagen: «Oh wie nett, dass er niemanden verletzt hat!»

Eine Zeitung wie die AZ, die stets den Anschein erwecken will, seriös zu sein, hätte einen Titel wählen müssen wie «**Verbrecher aus der Mongolei greift Grenzwächter an**». Aber das könnte sich ja gegen unsere asylschmarotzenden «Gäste» richten. Oder könnte dies sogar den «Schweizerfreund» Georg Kreis auf den Plan rufen, der die AZ bei einem solch «diskriminierenden» Titel des Rassismus anklagen würde?

Dr. Dragan Najman, Grossrat, Baden

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten **SD** 

SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)

www.schweizer-demokraten.ch
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Bernhard Hess, e. Nationalrat,
SD-Geschäftsführer, Bern (CR)

Rudolf Keller, e. Nationalrat/
Landrat, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg, e. NR,
Dübendorf (Leben und Umwelt)

Dr. D. J. Najman, Grossrat, Baden

Markus Borner, e. Grossrat, Basel

Friedrich Auf der Maur, Volketswil

**Stärken Sie die
Schweizer Demokraten
durch Ihre Mitgliedschaft!**

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT
PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der
Schweizer Demokraten (SD)
werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung
- Ex. SD-Zeitungen zum
Verteilen

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

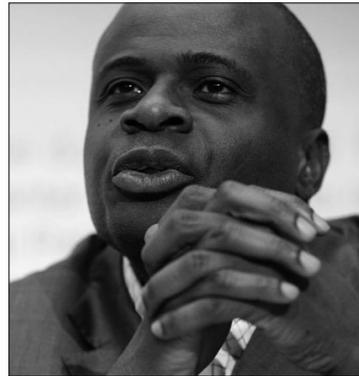
Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
schweizer-demokraten@bluewin.ch

Kostete Lumengos Wahlmanipulation den SD-Sitz?

Rechtliche Schritte gegen die Wahlbehörde nicht ausgeschlossen!

Als Direktbetroffene fordern die Schweizer Demokraten (SD) die lückenlose Aufklärung der Wahlmanipulationen von SP-Nationalrat Ricardo Lumengo anlässlich der Nationalratswahlen vom 21. Oktober 2007. Damals wanderte das letzte Restmandat von den SD zur SP. Den Schweizer Demokraten fehlten lediglich wenige Listen zur Verteidigung ihres Mandates. Bereits am Wahlabend gab es anlässlich der Auszählung Ungeheimheiten. So wies das amtliche Formular der Staatskanzlei vom 21. Oktober 2007 um 22.53 Uhr SD-Nationalrat Bernhard Hess noch als gewählt aus. Erst nach einer Beschwerde der SP wurde dieses Resultat weit nach Mitternacht zugunsten der SP und zum Nachteil der SD abgeändert. Die SD fordern die Behörden auf, restlos abzuklären, ob das systematische Einsammeln und Abändern der Wahllisten durch Ricardo Lumengo den Sitzgewinn zugunsten



SP-Nationalrat Lumengo hat rund 100 Wahlzettel manipuliert. Ist das etwa nur die Spitze des Eisberges?

der SP und zulasten der SD bewirkten konnte? Insbesondere ist zu klären, ob auch in weiteren Gemeinden ausserhalb der Stadt Biel auffällig viele Wahllisten mit dem Namen von Ricardo Lumengo aufgetaucht sind, welche zudem von gleicher Hand geändert wurden.

Die SD vermuten, dass das Vergehen Lumengos sich nicht nur auf die Stadt Biel beschränkt hat.

Aber auch die kantonalen Behörden müssen sich von den SD unangenehme Fragen gefallen lassen: Obwohl die Manipulation Lumengos in der Stadt Biel offensichtlich schon am Wahlabend bemerkt wurde, «verpassten» die kantonalen Wahlbehörden eine rasche Veröffentlichung des Vergehens und verunmöglichten den Schweizer Demokraten, in dieser Angelegenheit mittels einer Wahlbeschwerde aktiv zu werden. War dies Absicht? Jedenfalls prüfen die SD auch rechtliche Schritte gegen die kantonale Wahlbehörde.

Unterstützung erhalten die SD von SVP-Grossrat Thomas Fuchs, der im Kantonsparlament ebenfalls für eine lückenlose Aufklärung der Wahlfälschung des SP-Nationalrats vorstellig werden wird und zudem Massnahmen gegen künftige Wahlmanipulationen fordert.

Der persönliche Kommentar

Stimmenfang ist kein Kavaliersdelikt!

Bis vor wenigen Tagen galt Ricardo Lumengo als Vorzeige-Nationalrat unserer kosmopolitisch-ausgerichteten Medien. Als erster schwarzer Politiker (in den 70er-Jahren gab's übrigens eine seriöse farbige Nationalrätin aus dem Kanton Neuenburg) genoss er unbegrenzte Narrenfreiheit. Nur so ist es zu erklären, dass seine Fahrerflucht (Lumengo touchierte am 9. Juni 2007 eine Leitplanke und fuhr – ohne die Polizei zu informieren – auf den Felgen (!) nach Biel zurück) in der im Fall Lumengo gleichgeschalteten Presse nie thematisiert wurde. Es ist einer couragierten, jungen Journalistin des «Blick» zu verdanken, dass diese Schweigespirale nun endlich durchbrochen worden ist. Karin Baltisberger deckte minutiös auf, dass Ricardo Lumengo anlässlich der Grossratswahlen 2006 und der Nationalratswahlen 2007 alleine in der Stadt Biel gegen 100 Wahllisten eigenhändig ausgefüllt hat. Der Fall Lumengo wirft aber auch auf die Berner Wahlbehörden ein schiefes Licht. Obwohl das Vergehen bereits in der Wahlnacht vom 21. Oktober 2007 entdeckt wurde, traten die Behörden nicht unverzüglich an die Öffentlichkeit, sondern verschwiegen die eingeleitete Untersuchung gegen den Wahltrickser Lumengo. Somit verunmöglichten sie den Schweizer De-

mokraten, unverzüglich eine Wahlbeschwerde einzureichen, mit dem Ziel zu prüfen, ob auch in anderen Seeländer Gemeinden weitere handschriftlich veränderte Wahlzettel zu Gunsten Lumengos zum Vorschein kommen würden. Für mich ist es unerträglich, nicht abschliessend Gewissheit haben zu dürfen, ob das systematische Einsammeln von SP-Wahllisten oder andern Wahlzetteln, letztendlich mein Nationalratsmandat gekostet hat. Ricardo Lumengo kam aus Angola als Asylbewerber in unser Land. Er genoss in der Schweiz eine grossherzige Aufnahme, konnte studieren und lebte bei uns sicherlich alles andere als schlecht. Als Stadtrat von Biel, Grossrat und später als Nationalrat gelang es ihm, oft in

zwei Parlamenten täglich gleichzeitig Sitzungs- und Kommissionsgelder geltend zu machen. In Afrika ist die politische Kaste zudem leider oft darauf bedacht, in der entsprechenden Amtszeit ein Maximum an persönlicher Bereicherung zu realisieren. Anlässlich von Wahlen sind Stimmenkauf und weitere faule Tricks in diesem Kulturkreis gang und gäbe. Diese Mentalität brachte auch Ricardo Lumengo mit in die Schweiz. Aussagen wie jene von Friedrich des Grossen: «Ich bin der erste Diener dieses Staates», sind ihm fremd. Wer aber bei Wahlen trickst, macht die Demokratie kaputt. Stimmenfang ist kein Kavaliersdelikt. Nein, Ricardo Lumengo, Sie sind wahrlich kein Eidgenosse!

Bernhard Hess, e. NR, Bern

Eisbären im Bärengraben...

Zum Glück sind die Menschen auf dieser Welt nicht alle gleich, sondern ganz verschieden; ihrer jeweiligen Heimat angepasst! Darum gehören z.B. Europäer nach Europa und Afrikaner nach Afrika. Es würde ja auch niemandem einfallen, Eisbären in den Bärengraben zu verfrachten oder dann zu diskutieren, wie man die Wüste eisbärengerecht machen könnte?

